

Polen und Deutschland in der neuen Europäischen Union: Reden aus dem XI. Deutsch-Polnischen Forum

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (2003). *Polen und Deutschland in der neuen Europäischen Union: Reden aus dem XI. Deutsch-Polnischen Forum* (DGAP-Analyse, 24). Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-110085>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



DGAP-ANALYSE

FORSCHUNGSINSTITUT DER DEUTSCHEN
GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

Dezember 2003 • Nr. 24

Polen und Deutschland in der neuen Europäischen Union

Reden aus dem XI. Deutsch-Polnischen Forum



Polen und Deutschland in der neuen Europäischen Union

Reden aus dem XI. Deutsch-Polnischen Forum



Das Zentrum für Internationale Beziehungen wurde 1995 von Janusz Reiter mit dem Ziel gegründet, in Polen eine Einrichtung zu etablieren, die sich mit der polnischen Außenpolitik sowie richtungweisenden internationalen politischen Geschehnissen auseinandersetzt. Das Zentrum besitzt seit 1998 den rechtlichen Status einer Stiftung und ist somit eine unabhängige, nichtstaatliche Institution. Die Tätigkeitsschwerpunkte des Zentrums umfassen Politikberatung, kontinuierliche Beobachtung und Begleitung der polnischen Außenpolitik sowie die Beschreibung der Lage Polens in den internationalen Beziehungen. Zu diesem Zweck erstellt das Zentrum Berichte und Analysen, organisiert Konferenzen und Seminare, veröffentlicht Artikel und Bücher, und führt Forschungsprojekte durch. Im Laufe seiner mehrjährigen Tätigkeit ist es dem Zentrum gelungen, ein festes Kooperationsnetzwerk aufzubauen und zu einem Diskussionsforum zu werden, das sein besonderes Augenmerk auf aktuelle außenpolitische Fragestellungen richtet und sich an Politiker, Beamte, Journalisten, Wissenschaftler, Studenten und Vertreter anderer Nichtregierungsorganisationen wendet. Das Zentrum für Internationale Beziehungen wird von Janusz Reiter, Botschafter a.D. geleitet.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) wurde im März 1955 gegründet und hat nach Ihrer Satzung die Aufgabe, die Probleme der internationalen, besonders der europäischen Politik, Sicherheit und Wirtschaft zu erörtern und ihre wissenschaftliche Untersuchung zu fördern, die Dokumentation über diese Forschungsfragen zu sammeln und das Verständnis für internationale Fragen durch Vorträge, Studiengruppen und Veröffentlichungen anzuregen und zu vertiefen. Sie unterhält zu diesem Zweck ein Forschungsinstitut, eine Dokumentationsstelle und die Zeitschrift "INTERNATIONALE POLITIK". Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bezieht als solche auf Grund ihrer Satzung keine eigene Stellung zu internationalen Problemen. Die in den Veröffentlichungen der Gesellschaft geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
<i>Gesine Schwan</i>	3
<i>Janusz Reiter</i>	3
Die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Gemeinsamkeiten und Divergenzen	
<i>Adam Daniel Rotfeld</i>	5
<i>Klaus Scharioth</i>	9
<i>Wolfgang Schäuble</i>	12
Polen und Deutschland – Vorstellungen für eine zukünftige EU	
<i>Jan Trzuszczński</i>	14
<i>Peter Altmaier</i>	15
<i>Jan Rokita</i>	19
Die Reden des Außenministers der Republik Polen, Włodzimierz Cimoszewicz, und des Bundesaußenministers, Joschka Fischer	
<i>Włodzimierz Cimoszewicz</i>	22
<i>Joschka Fischer</i>	25
Das Programm des XI. Deutsch-Polnischen Forums	27
Teilnehmerliste	29

Vorwort

Gesine Schwan*)

Das Treffen des Deutsch-Polnischen Forums am 23. Mai 2003 war das zweite in der neuen Zählung. Es fand gerade zur rechten Zeit statt. Denn wie wir dies schon im Januar des vergangenen Jahres erwartet hatten, ist der Alltag nach einem Jahr heftig und herausfordernd in unser deutsch-polnisches Verhältnis eingezogen, mit Interessenkonflikten, Missverständnissen, Wünschen, Ängsten und Ambitionen, wie das nun mal zwischen demokratischen Staaten so geht. Dabei verstehen wir uns, das Deutsch-Polnische Forum – trotz enger Kommunikation mit der Politik, insbesondere mit den Außenministerien – als eine gesellschaftliche, fast möchte ich sagen eine zivilgesellschaftliche Institution. Zwar sind wir politisch engagiert und kümmern uns um das Gemeinwohl unserer beiden Gesellschaften – und nicht nur ihrer –, aber wir sind sehr viel unabhängiger, als dies politische Mandatsträger meist sein können. Deshalb können wir unsere Vorstellungen freimütig austauschen und damit ein Vertrauensnetz spannen, welches für das Gelingen demokratischer Politik immer wichtiger und kostbarer wird. Wir sehen es im privaten wie auch im politischen Alltag: Wenn es genügend Personen gibt, die sich wirklich verstehen, die nach langer Erfahrung miteinander aufeinander bauen und sich die jeweilige, auch gegensätzliche Sicht der Dinge erklären können, dann wächst die Chance zum gemeinsamen Handeln.

Die Situation der deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit unseres zweiten Treffens bot uns eine vorzügliche Chance, unser Programm und uns selbst zu bewähren. Das hätten wir verfehlt, wenn wir es bei Small Talk oder bei politischer Korrektheit hätten bewenden lassen, die heißen Eisen nicht angefasst hätten, Schwierigkeiten gemieden hätten. Glücklicherweise verliefen unsere Gespräche offen, und dies zunehmend im Verlauf unserer Diskussionen. Wir haben das alle als einen Erfolg wahrgenommen.

Im Übrigen gab es in unseren Gesprächen auch keine „Front“ entlang der nationalen Zugehörigkeiten, weil die Meinungen z.B. zum heißen Eisen Irak-Krieg – weiter und intelligenter gefasst: zur internationalen Politik und zur Zukunft unserer Sicherheit – auch innerhalb unserer jeweiligen Gesellschaften durchaus kontrovers diskutiert werden. Damit steigen übrigens nach meiner festen Überzeugung die Chancen der Verständigung, weil die unterschiedlichen Aspekte der Problematik sorgfältiger ausgeleuchtet werden können. Es ist

*) Prof. Dr. Gesine Schwan, Ko-Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Forums, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)

für den Sachgehalt einer Diskussion gut, wenn man nicht sofort weiß, wer wo steht. Wenn möglich, sollte es beim Deutsch-Polnischen Forum keinen wie auch immer zu begreifenden Fraktionszwang geben. Das gilt auch und gerade für das Thema der europäischen Verfassung.

Dennoch gibt es in den beiden Gesellschaften unterschiedliche historische Erfahrungen, die Einfluss darauf nehmen, wie wir die aktuellen und die zukünftigen Aufgaben in Europa und in der internationalen Politik begreifen und angehen. Zu den herausragenden Aufgaben des Deutsch-Polnischen Forums gehört es, solche Unterschiede unseren jeweiligen Gesellschaften verständlich zu machen.

Ich bin froh und dankbar, dass für beide Themen unseres Forums hoch kompetente Personen zugesagt haben, um zu Beginn eine konzentrierte Einführung ihrer Einschätzung vorzustellen. Froh wäre ich, wenn als Ergebnis dieses Treffens das Netz von Vertrauensträgern gestärkt würde und sie in die Diskussion innerhalb unserer Gesellschaften zurückkehren könnten, so dass die Politik so viele Fettnäpfchen wie möglich vermeiden könnte. Dazu gehört für die deutsche Seite vor allem, in Deutschland den Sinn für die Partnerschaftlichkeit zukünftiger politischer Verantwortung, auch wenn wir zunächst im Streit darüber sind, wach zu halten und zu ermutigen.

Janusz Reiter*)

Seit dem letzten Forum ist ein Jahr vergangen. Dieses Jahr war besonders interessant in unseren wechselseitigen Beziehungen. Das Forum trug damals den Titel „Deutschland und Polen in einer veränderten Welt“. Der Titel implizierte, dass unsere Beziehungen zukünftig weniger als in der Vergangenheit von den bilateralen Beziehungen, sondern mehr von der Europa- und Weltpolitik beeinflusst werden. Damals war das nur eine Prognose, heute spiegelt es die Realität wider. Man kann also erste Schlussfolgerungen formulieren.

Erstens hat sich unser politischer Dialog als schwach und wenig effizient erwiesen. Der Dialog misslang, als er am meisten nötig war. Ich behaupte nicht, dass es zwischen unseren Ländern und Regierungen keine Diskrepanzen gegeben hätte, wenn der politische Dialog gut funktioniert hätte, aber ich denke, dass es mehr Verständnis gäbe. Es hätte auch kein mehrere Wochen anhaltendes Vertrauensdefizit gegeben. Es ist kein gro-

*) Janusz Reiter, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Polnischen Forums, Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau

ßer Trost, dass das Vertrauensdefizit nicht nur Polen, sondern ganz Europa betrifft.

Zweitens ist die Tatsache bedauernd, dass sich Polen und Deutschland im Streitzustand befinden. Es wäre besser, wenn wir Europa eine friedliche Zusammenarbeit präsentieren könnten, aber man kann das auch aus einer anderen Perspektive betrachten. Dieser Streit zwischen Polen und Deutschland war der erste seit der Wende im Jahre 1989/1990, der nicht von unseren traditionellen Lieblingsstreitpunkten wie Vertreibung, Umgang mit der Geschichte usw. bestimmt war. Polen war in der Vergangenheit der wichtigste Partner für Deutschland im Dialog über die Vergangenheit. Diesmal geht es um die Zukunft. Ich halte das für etwas außerordentlich Wichtiges. Viele Deutsche haben auf diese neue Tatsache mit Erstaunen reagiert, manche sogar mit einer gewissen Irritation. Polen war in der Rolle eines Partners in der Diskussion über die Zukunft Europas oder der Welt nicht bekannt. Ist das eine Rolle für Polen? – schienen einige mit wahrnehmbarem Skeptizismus zu fragen. Es ist gut, dass die Frage gestellt wurde. Wenn wir von Anfang an miteinander einig gewesen wären, hätte niemand die Frage gestellt, und das Problem der Rolle Polens wäre nicht so gut ins Bewusstsein gerückt worden, wie es durch diesen Streit geschehen ist. Der Streit wird nur nützlich sein, wenn er Zusammenarbeit ermöglichen wird, und nicht, wenn er zum dauerhaften Zustand unserer Beziehungen wird. Nach dem jüngsten Treffen in Breslau glaube ich, dass es so sein kann und so sein wird.

Drittens erlebt Polen ein Debüt in der internationalen Politik, und Amerika ist das Land, welches Polen in die internationale Politik einführt. Es gibt keinen Grund, dieses amerikanische Angebot abzulehnen. Übrigens gab es kein anderes Angebot. Obwohl das Debüt im geographischen Sinne in Irak stattfand, ist es eine Tatsache, dass Polen nicht auf dem globalen, sondern auf dem europäischen Schachbrett spielt. Der Wert des polnischen Debüts wird also in Europa gemessen, und hier sind unsere Interessen eng mit den deutschen Interessen verbunden. Europa ist die natürliche politische Umgebung Polens, aber auch Deutschlands. In diesem Moment wird die wichtige Debatte über die Zukunft dieses Europas, d.h. über die Zukunft dieser natürlichen politischen Umgebung geführt. Ich denke, dass in dieser Debatte unsere Länder im Prinzip gemeinsame Interessen haben. Obwohl ganz und gar unsicher ist, ob sich Polen und Deutschland um diese Interessen gemeinsam bemühen werden. Dafür braucht man Vertrauen und Verständnis. Das Treffen in Breslau hat, meiner Meinung nach, einen Beitrag

zum Wiederaufbau des Vertrauens geleistet. Ich denke, dass auch das Forum das Vertrauen und das Verständnis vergrößern wird.

Polen und Deutschland werden sich in der Zukunft voneinander unterscheiden, was keinen Streit bedeuten muss. Wichtig ist, dass die beiden Seiten immer wissen, warum sie sich voneinander unterscheiden. Das ist meiner Ansicht nach ein Zustand, den wir uns für die Zukunft wünschen sollten, und unser Forum hat in dieser Hinsicht eine äußerst große Rolle zu erfüllen. Alle, die eine solche echte, lebendige und intellektuelle Debatte wollen, können sich in diesem Moment sicher sein, dass unsere Länder eine solche Diskussion führen müssen. Es hängt von uns ab, ob wir mit einer solchen Debatte anfangen werden. Ich bin sicher, dass das Forum der Platz ist, wo sie stattfinden wird.

Übersetzt von Elżbieta Kozłowska

Die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Gemeinsamkeiten und Divergenzen

Adam Daniel Rotfeld*)

In der letzten Zeit wurden – auf beiden Seiten des Atlantiks – viele unnötige Worte gesagt, die zu keiner Klärung der Dinge beitragen, sondern manchmal die Verwirrung noch vertieften. Ich denke dabei sowohl an Äußerungen von Politikern als auch an Pressekommentare.

Zu Beginn möchte ich anführen, dass die Trennungslinien heutzutage nicht mehr ausschließlich einzelne Staaten voneinander trennen. Tiefgreifende Diskrepanzen sind auch innerhalb einzelner Staaten zwischen den wichtigsten politischen Lagern aufgetreten, und ebenfalls häufen sich die Spaltungen innerhalb dieser Lager. Mit anderen Worten: diese Trennlinien durchziehen sowohl die Politikerkreise als auch die der Kommentatoren. Ich wäre nicht in der Lage, sicher zu sagen, wer in Deutschland welchen Standpunkt gegenüber der polnischen Sicherheitspolitik im Rahmen der transatlantischen Gemeinschaft eingenommen hat. Eines ist aber sicher: Zwischen Polen und Deutschland ist es zu keiner Vertrauenskrise gekommen. Dies ist der Verdienst der politischen Eliten in Deutschland wie auch in Polen.

Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass in Deutschland wohlwollende und freundliche Stimmen an Polen gerichtet wurden (ich denke dabei zum Beispiel an in der Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ oder in der Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichte Beiträge). Allerdings gab es ebenso kritische, sarkastische oder gar ironische Äußerungen, die aus einem eigenen Überlegenheitsgefühl heraus geschrieben wurden und von Psychologiestudenten als „projizierte Aggression“ eingestuft werden könnten. Während in öffentlichen Äußerungen gegenüber der amerikanischen Regierung – aus verschiedenen Gründen – Zurückhaltung an den Tag zu legen ist, so stand manchen Kommentatoren nichts im Wege, ihrer Frustration gegen das „undankbare“ Polen freien Lauf zu lassen. Einem Polen, welches „unter amerikanischem Diktat“ in einem „schlechten Stil“ handle und Deutschland „unseriöse Angebote“ unterbreite oder sich als ein „unerwünschter Vermittler“ profilieren wolle.

Bei dieser Gelegenheit traten in Teilen der deutschen Medien wieder die wohlbekanntesten Polen-Stereotype auf. Ich spreche davon noch einmal nur deswegen, weil viele sowohl kritisch als auch positiv eingestellte Kommentatoren das sehr wichtige Merkmal außer Acht lie-

ßen, dass die meisten polnischen Stereotype und Vorurteile bezüglich Deutschlands zur Vergangenheit gehören, was sich im Zuge des Irak-Krieges erwiesen hat. Die Tatsache, dass es in Polen als durchaus normal gilt, dass Deutschland in Militärangelegenheiten unser wichtigster Partner sein könnte, ist ein Beweis für den neuen Charakter der Beziehungen, beruhend auf Vertrauen und Offenheit.

Ich möchte betonen, dass boshafte Kommentare nur Randerscheinungen waren und das Klima gegenseitiger Beziehungen nicht wesentlich beeinflusst haben. Eine Bestätigung dafür lieferte der Verlauf des Treffens des Weimarer Gipfels in Breslau. Ich füge hier noch hinzu, dass ich den Eindruck gewonnen habe, manche Publizisten westlich der Oder hätten erstmalig bemerkt, dass es an der deutschen Ostgrenze ein Land gibt, auf dessen Standpunkt zu Belangen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) man künftig Rücksicht werde nehmen müssen.

Um Zeit zu sparen, möchte ich mich an dieser Stelle auf zwei Bemerkungen beschränken. Erstens denke ich, dass die Irak-Frage nicht die Ursache, sondern eher ein Katalysator war, der die Diskrepanzen in der transatlantischen Gemeinschaft schneller publik machte. Die Motive des politischen Widerstands Deutschlands und Frankreichs gegen die Entscheidung der USA, gegen Irak mit Gewalt vorzugehen und das Regime Saddam Husseins zu stürzen, waren verschieden. Es liegt nicht in meiner Absicht, die Ursachen dafür zu ergründen. Von Bedeutung für unseren Meinungsaustausch ist es, dass sowohl die polnische Regierung als auch die polnische Bevölkerung mit Verständnis und Respekt den politischen Willen Deutschlands zur Kenntnis genommen hat, in diesem Fall auf Gewalt zu verzichten. Zur Verdeutlichung darf ich nur anführen, dass wir die Meinung vertraten und nach wie vor vertreten, dass die Amerikaner das Recht hatten, von ihren europäischen Verbündeten Solidarität zu erwarten, und wir waren angehalten, ihnen diese Solidarität zu zeigen, was wir auch getan haben.

Die zweite Bemerkung bezieht sich darauf, dass von polnischer Perspektive aus betrachtet der Standpunkt dreier europäischer Großmächte für die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik von entscheidender Bedeutung ist. Ich denke dabei an Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Ohne Frankreich und Deutschland wäre der gesamte Integrationsprozess unmöglich gewesen. Auf Frankreich geht

*) Prof. Adam Daniel Rotfeld, Staatssekretär im Außenministerium der Republik Polen

die Initiative dieses Projekts zurück, während Deutschland dessen Antriebskraft war. Ohne die Übereinkunft zwischen Großbritannien und Frankreich, deren Ausdruck die Erklärung von St. Malo war, wäre es nicht gelungen, die Entwicklung der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis zu dem Punkt voranzutreiben, dessen institutioneller Ausdruck die ESVP ist. Ich nehme diese zwei Standpunkte als Ausgangspunkt und möchte nun kurz die vor uns stehende Frage beantworten „Was verbindet und was trennt uns?“

Was verbindet uns?

Was verbindet uns? Das EU-Konzept der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist seinem Wesen nach das wohl stärkste System, welches den Staaten Sicherheit im weitesten Sinne gewährleisten vermag. Die Grundlagen dieses Systems hat Karl Deutsch vor knapp fünfzig Jahren formuliert. Nach seiner Auffassung sollte sich eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft aus folgenden Bestandteilen zusammensetzen:

- Achtung der Souveränität und der rechtlichen Unabhängigkeit der Staaten;
- Konvergenz und Kompatibilität der wichtigsten Werte, die gemeinsamen Institutionen entspringen;
- gegenseitige Mitwirkungsbereitschaft (responsiveness), Identität und Loyalität;
- eine so weit fortgeschrittene Integration, dass die Staaten ähnliche und gegenseitig abhängige Erwartungen (dependable expectations) an friedliche Änderungen hegen;
- schließlich – Kommunikation und Verbindung, welche die politische Gemeinschaft festigen.

Vor Jahren mochten diese Prämissen Karl Deutchs als idealistische und von der Praxis losgelöste Überlegungen eines Theoretikers gegolten haben. Heute ist das, was wir als gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik bezeichnen, in seinem Wesen eine praktische Umsetzung dieser politischen Philosophie.

Auf der Konzeptebene bildet sie die Grundlage für das, was uns entgegengesetzt verbindet. Scherzend könnte ich die Behauptung aufstellen, dass zwischen Deutschland und Polen keine Kollision der Zivilisationen, wie sie von Samuel Huntington angekündigt worden ist, zu erwarten ist, da uns – ähnlich wie andere Staaten Europas und Nordamerikas – die gleiche Zivilisation verbindet. Entgegen den Behauptungen Robert Kagans, der seit ungefähr einem Jahr oftmals zitiert wird, stammen die Europäer nicht von der Venus, ebenso wenig wie die Amerikaner

vom Mars (denn diese stammen mehrheitlich aus Europa, und das, was „amerikanische Zivilisation“ genannt wird, hat auch ihre europäischen Wurzeln). Es verbindet uns ebenfalls die Tatsache, dass Deutschland und Polen aus eigener Erfahrung gelernt haben, dass der Respekt der Vereinigten Staaten vor dem Rechtsstaat, pluralistischer Demokratie und multilateralen Sicherheitsstrukturen kein hohler Begriff ist, sondern der Bestandteil einer Politik, die im Rahmen der transatlantischen Gemeinschaft umgesetzt wird.

Gründe für Spannungen und Differenzen

Ich könnte noch lange mit der Präsentation des Katalogs positiver Faktoren fortfahren, die uns verbinden. Durchaus begründet ist somit die folgende Frage: Wenn es denn mit den Beziehungen so gut bestellt ist, wie lassen sich die Spannungen erklären, die in der transatlantischen Gemeinschaft vor dem Hintergrund der Irak-Krise aufgetreten sind? Wie jedes komplizierte vielschichtige Phänomen haben auch die Ereignisse im Verhältnis zwischen Amerika und einigen seiner europäischen Verbündeten nicht nur eine Ursache. Meinungsverschiedenheiten sind in einer demokratischen Gemeinschaft etwas ganz Natürliches. Die Tatsache, dass im geteilten Europa und der gespaltenen Welt diese Differenzen in Zeiten des Kalten Krieges nicht publik gemacht wurden, bedeutet keinesfalls, dass es sie nicht gegeben hätte. Die gemeinsame Gefahr, die damals durch die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes verkörpert wurde, festigte die Einheit und förderte die Konsolidierung der Gemeinschaft westlicher Demokratien. Dieser Faktor ist heutzutage verschwunden, so dass die Unterschiede offensichtlich geworden sind. Sie betreffen nicht die Ziele oder das Wesen der Politik, sondern eher die Formen und die Art und Weise, wie die Politik faktisch betrieben wird.

Nach dem Zusammenbruch der polaren Welt haben die Vereinigten Staaten in der heutigen Welt eine Position inne, für die sich eine Analogie in der Vergangenheit nur schwerlich finden lassen würde. Aber selbst die so mächtigen Vereinigten Staaten sind nicht allmächtig und brauchen Verbündete. Diese Tatsache stellt niemand in Frage. Die wesentlichen Unterschiede beziehen sich darauf, wie die Amerikaner ihre Führungsrolle in der heutigen Welt wahrnehmen sollen. Der polnische Staatspräsident, Aleksander Kwaśniewski, hat in seiner Ansprache in der National Defence University (Washington D.C., 13. Januar 2003) gesagt, Polen erkenne die Führungsrolle Amerikas an. Dies geschehe allerdings unter zwei Bedingungen: Erstens müssen die

Vereinigten Staaten geltende Verhaltensnormen und -regeln in den internationalen Beziehungen respektieren und zweitens die Meinung der anderen Staaten, der Mitglieder der Völkergemeinschaft, anhören und berücksichtigen. Anderenfalls hätten wir es nicht mit einer Führung, sondern mit einer Hegemonie oder Vorherrschaft zu tun, die für uns inakzeptabel wäre.

Die Entwicklungen nach dem 11. September 2001 haben bedingt, dass die Amerikaner auf ihrer Suche nach Verbündeten immer häufiger von der Notwendigkeit einer „Koalition der Willigen“ sprachen. Dies hat Timothy Garton Ash in seinem Essay, welches er für ein informelles Treffen der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten verfasste, als „Bündnisse à la carte“ bezeichnet (Europe and the U.S.: Five Frank Thoughts and one Proposal for the Foreign Ministers of Europe, Rhodos, 25. April 2003). Sollte diese Einstellung die Oberhand gewinnen, würde dies den Beginn vom Ende solcher multilateralen Sicherheitsstrukturen, wie der NATO im transatlantischen Verhältnis oder der UNO in globaler Sicht, bedeuten.

Derzeit steht die folgende Frage aus: Wie können diese Entwicklungen vermieden werden? Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Solidarität, die den Amerikanern in der Not zuteil geworden ist, uns mehr Möglichkeiten gibt, auf die Einstellung der USA gegenüber Europa Einfluss zu nehmen, als wenn wir auf Distanz gehen und offen Kritik üben würden. Wir dürfen die simple Tatsache nicht übersehen, dass in Europa zuerst die zwei entgegengesetzten politischen Strategien in Einklang gebracht werden müssen, um heute eine gemeinsame Politik ausarbeiten zu können. Ein Vertreter der ersten dieser beiden Strategien – nennen wir sie neoeatlantisch – ist Tony Blair, während die zweite – die neogaullistische – durch Jacques Chirac repräsentiert wird. Die Differenzen, von denen ich spreche, sind real und bedeutend für die Zukunft der gemeinsamen europäischen Politik. Deshalb entbehrt die Einteilung Europas in „alt“ und „neu“ jeglicher rationaler Grundlagen und Voraussetzungen, mit Ausnahme der unglücklichen Äußerung Donald Rumsfelds gegenüber der Presse. Die Gruppe mittel- und osteuropäischer Staaten, die der US-Verteidigungsminister als „neu“ bezeichnet hat, kann – wie beispielsweise Polen – auf eine mehr als tausendjährige Geschichte der aktiven Mitgestaltung Europas zurückblicken. Wir sind nicht der NATO beigetreten, und wir bemühen uns auch nicht um die Aufnahme in die EU, um diese Organisationen zu schwächen oder sie in Fragen von Sicherheit und Verteidigung gegeneinander auszuspielen.

Alte Strukturen – neue Aufgaben

Ähnlich wie Deutschland sind wir der Meinung, dass die künftige Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine Doppelung bestehender und bewährter Strukturen der euroatlantischen Sicherheit sein darf und soll. Es besteht weder aus militärischer noch finanzieller Sicht dieser Bedarf. Dies wäre einfach nicht notwendig und nicht praktikabel. Wir sollten eher Strukturen nutzen, die es in der Europäischen Union bereits gibt, um die Verteidigungsfähigkeit Europas im Hinblick auf die Ergänzung des euroatlantischen Potenzials und dessen Mission faktisch, real und materiell zu stärken, damit die Europäische Union wie auch die NATO davon profitieren können.

Die Europäische Union und das Atlantische Bündnis sind zwar unterschiedliche Institutionen, aber sie befassen sich mit vergleichbaren Problemen und haben einen ähnlichen Teilnehmerkreis. Mit anderen Worten: Sie werden durch eine Zielgemeinschaft zusammengehalten, unterscheiden sich aber in ihren Instrumentarien und Mechanismen des Handelns.

Reduziert man das Ganze auf Primärfaktoren, so lässt sich feststellen, dass Sicherheit nicht durch die stärkste ausgearbeitete Struktur oder eine gemeinsame Erklärung gewährleistet werden kann, wenn dahinter nicht die entsprechende Militärkraft und technologisches Potenzial stehen. Ein Beispiel dafür war die Westeuropäische Union. Nicht die Strukturen sind das Problem, sondern wirtschaftliche Anstrengungen und die reale Kraft. Deshalb besteht die Notwendigkeit, viele in der Bevölkerung unpopuläre Entscheidungen über die Umstrukturierung und Modernisierung der Streitkräfte zu treffen und nicht zuletzt die finanziellen Mittel für die Verteidigung zu erhöhen.

Die Zukunft der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Wie sieht aus dieser Perspektive die Zukunft der gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus? Im Einverständnis der meisten interessierten Staaten wird die Außen- und Verteidigungspolitik in den kommenden Jahren auf Grund eines Konzepts der internationalen Zusammenarbeit geführt. Die derzeitige Arbeit des Konvents und die anstehende internationale Regierungskonferenz sehen wir als einen Versuch, diese Politik in Gemeinschaftsmechanismen einzubetten und gleichzeitig die notwendige maximale Effektivität der EU-Maßnahmen beizubehalten. Wie schwer diese Aufgabe ist, wissen nicht

nur diejenigen, die an den Arbeiten des Konvents teilnehmen.

So gelangen wir zu einer Frage, die für uns von Schlüsselbedeutung ist: das Verhältnis zwischen der EU und der NATO. Ich stelle offen und direkt die These auf, dass die NATO die Grundlage der Sicherheitsgarantien für Europa bildet. Daraus resultieren die besonderen strategischen Beziehungen zwischen den USA und Europa. Wird dies nicht deutlich gesagt, verlaufen wir uns in Unverständlichkeiten und Unklarheiten. Dies wiederum begünstigt keinesfalls den normalen Dialog und die Suche nach neuen Initiativen. In Breslau haben wir von den Staats- und Regierungschefs gehört, das europäische sicherheits- und verteidigungspolitische Projekt sei eine Ergänzung der Anstrengungen, die im Rahmen der NATO unternommen wurden.

Die Ergebnisse des Treffens der vier Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs am 29. April in Brüssel sind beachtenswert. Dieses Treffen hat aber keinen Durchbruch erzielt. Allerdings machte es uns von neuem bewusst, dass wir bezüglich der Ziele zwar übereinstimmen, aber eine andere Sichtweise haben, wie sich diese Ziele erreichen lassen. Das Papier, das zum Abschluss dieses Vierertreffens veröffentlicht worden ist, setzt ein wichtiges Signal für die Arbeit des Konvents wie auch der zukünftigen Regierungskonferenz. Wir sprechen uns für die Einbeziehung aller Interessierten in die tatsächliche Debatte über die Ausgestaltung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union aus. Praktisch bedeutet das für uns die Notwendigkeit, konkrete Fähigkeiten – darunter auch militärische – zu erreichen, die über die Effektivität der Union entscheiden. Eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit neuer Initiativen ist die Rücksichtnahme auf bestehende NATO-Strukturen und deren maximale Nutzung. Man darf die Rolle des Nordatlantischen Bündnisses weder verdoppeln noch reduzieren.

Schlussbemerkungen

Abschließend möchte ich auf die so wichtige Frage zurückkommen: Was trennt uns, und was hat das Auseinanderdriften bei der Irak-Krise bedingt? Ich denke, dass neben den Problemen, die ich bereits angesprochen habe, unsere unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen im vergangenen Jahrhundert keineswegs unbedeutend sind. Sie beeinflussen unsere Denkweise auch heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Dies sind gemeinsame Erfahrungen: Sowohl für Deutschland als auch für Polen ist der Krieg seinem Wesen nach etwas

Schlimmes. Der Unterschied besteht aber darin, dass wir in Polen die amerikanische Präsenz in Europa als einen integrierten Bestandteil des regionalen und globalen Sicherheitssystems betrachten.

Global braucht die amerikanische Präsenz wohl nicht begründet zu werden. Regional hat die Verankerung Amerikas in Europa eine doppelte Bedeutung. Denn sie besagt, dass die Amerikaner ihre eigene Sicherheit mit der Sicherheit Europas gleichsetzen werden. Es ist somit eine eigene Sicherheit, dass die Amerikaner nicht in die Politik der Selbstisolation verfallen und des Weiteren Europa nicht zur Renationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zurückkehrt. Ich bin mir dessen bewusst, dass diese beiden Belange in Deutschland etwas anders gesehen werden. Ich hoffe, hier als Antwort zu bekommen, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) einer Renationalisierung der Politik zuvorkommt. Die Sache liegt darin begründet, dass die NATO seit mehr als 50 Jahren besteht und sich als ein bewährtes und effektives Instrument erwiesen hat. Man sollte somit nach Methoden Ausschau halten, um die Effektivität des Bündnisses zu erhöhen und dessen Mechanismen an neue europäische Strukturen anzupassen. Diesbezüglich sind wir offen, was allerdings mit einer immer währenden Einstimmigkeit nicht gleichbedeutend ist. Das Projekt der Schaffung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss zu voneinander abweichenden Standpunkten führen. Darin besteht die Funktion eines Bündnisses freier demokratischer und souveräner Staaten, die ein unabhängiges Recht auf eigene Ansichten und eigene souverän begangene Fehler haben. Sie haben ebenso das Recht auf die Suche nach einem gemeinsamen Kompromiss und auf eine Harmonisierung verschiedener sicherheitspolitischer Interessen.

Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland war bisher in der Geschichte nie so gut wie nach dem Wandel, der 1989 eingeleitet wurde. Niemals zuvor in der neuzeitlichen Geschichte waren die Beziehungen zwischen unseren Völkern und – was äußerst wichtig ist – zwischen unseren Regierungs- und Staatschefs durch solch eine Offenheit, Vertrautheit und Herzlichkeit gekennzeichnet. Wir sind den Deutschen dafür dankbar, dass sie uns auf unserem Weg zur Europäischen Union nicht nur Wohlwollen und Hilfe entgegengebracht haben, sondern auch gute Befürworter polnischer Belange waren. Von der neuen Qualität unserer Beziehungen zeugt auch die Tatsache, dass wir uns über verschiedene Angelegenheiten klug und respektvoll mit den Argumenten des Partners auseinandersetzen können.

Wir lernen aus Erfahrungen – aber auch aus Fehlern. In der deutschen Presse wurden uns verschiedene Vorschläge unterbreitet, aber es ist mir nicht aufgefallen, dass uns geraten wurde, von dem Recht auf Schweigen Gebrauch zu machen. Die Diplomaten wissen es ja am besten, dass die Fähigkeit des klugen Schweigens eine große Kunst ist. Jane Austen hat einst geschrieben: „From politics, it was an easy step to silence“. Ich danke also für Ihre Aufmerksamkeit und werde nun schweigen.

Übersetzt von Andrzej Mojkowski und Janika Hofmann

Klaus Scharioth*)

Es ist mir eine große Freude, heute vor Ihnen im Rahmen des Deutsch-Polnischen Forums über die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sprechen zu dürfen, und dies aus zwei Gründen: Zum einen glaube ich, dass dieses Deutsch-Polnische Forum gerade in seiner reformierten Form ein idealer Platz ist, um das Verständnis zwischen unseren beiden Völkern, unseren beiden Gesellschaften, zu fördern. Ich erinnere mich sehr gerne an die Sitzung im letzten Jahr in Warschau, die für den letzten Schritt der EU-Beitrittsverhandlungen und vielleicht auch darüber hinaus Impulse gegeben hat. Zum Zweiten möchte ich ausdrücklich Botschafter Reiter zustimmen, der hervorgehoben hat, es sei bemerkenswert, dass wir dieses Mal über die Zukunft sprechen. Es ist also angebracht, dass wir uns als Erstes dem Thema der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik widmen. Ich glaube, letztlich liegen auch hier unsere Interessen sehr nah beisammen. Besonders freue ich mich aber auch über die Entscheidung, dass das diesjährige Treffen in Berlin abgehalten wird. Berlin ist aus polnischer Perspektive die nächstgelegene deutsche Großstadt; hier leben sehr viele polnischstämmige Menschen, die zu Polen eine besondere Beziehung haben. Aber weder darüber will ich jetzt sprechen, noch will ich prinzipiell über die deutsch-polnischen Beziehungen berichten. Ich glaube, an dem Willen unserer beiden Länder, freundschaftlich und aufrichtig miteinander umzugehen und den Weg in die Zukunft gemeinsam zu gehen, besteht kein Zweifel.

Die internationale Politik hat selten so viel Anlass zu Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten gegeben wie in den vergangenen Wochen und Monaten, und natürlich wurde auch das deutsch-polnische Verhältnis davon erfasst. Polen und Deutschland haben im

Vorfeld des Irak-Krieges unterschiedliche Positionen vertreten. Polnische Truppenteile waren und sind in Irak unmittelbar engagiert, deutsche nicht. Die gute Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen wurde jedoch hierdurch niemals in Frage gestellt. Es hat zwischen Deutschen und Polen sehr offene Gespräche gegeben, und ich glaube, man kann nach wie vor feststellen, dass wir in Kernfragen der Außen- und Sicherheitspolitik übereinstimmen. Es ist meiner Meinung nach auch zutreffend, dass die persönlichen Beziehungen zwischen den Entscheidungsträgern in Warschau und Berlin dicht und vertrauensvoll sind. Dies gilt sowohl für die Regierungschefs und Minister als auch für die Beamten. Die deutsch-polnische Abstimmung ist für den weiteren Aufbau Europas von großer Bedeutung, und das gilt auch und gerade für die Stärkung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Bevor ich jedoch nun auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und auf die NATO eingehe, möchte ich einige Anmerkungen zu den Vereinigten Staaten machen. Die USA werden gelegentlich als „indispensable nation“ bezeichnet, und in der Tat sind und bleiben die Vereinigten Staaten unverzichtbar, wenn es um die Lösung der großen Herausforderungen in unserer sich globalisierenden Welt geht. Die Kombination von militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Macht verleiht den USA eine besonders starke Position. Und diese Tatsache ist positiv zu werten. Die Europäer bleiben in Kernfragen ihrer Sicherheit auf die USA angewiesen. Dafür, dass dies gerade auch in Polen so gesehen wird, haben wir jedes Verständnis. Man darf jedoch nicht vergessen, dass dies auch eine tief verankerte Überzeugung der Deutschen ist. Aber: Ungeachtet ihrer Stärke sind die Vereinigten Staaten ihrerseits nicht in der Lage, die großen Herausforderungen unserer Zeit allein zu meistern. Joseph Nye, langjähriger Assistent Secretary for Defence in den USA, beschreibt in seinem Buch „The Paradox of American Power“ sehr eindrucksvoll sowohl die herausragende Machtstellung der USA als auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen. Und diese Anderen sind in erster Linie die Europäer. Dies sei das Paradox der amerikanischen Macht. Ich folge diesem Urteil, denn ich bin der Meinung, dass die transatlantischen Beziehungen trotz aller Differenzen in Einzelfragen, die es sicher auch in Zukunft geben wird, ihre überragende Bedeutung behalten werden. Allerdings glaube ich, dass einige dieser Differenzen sich bereits in ihrer Dimension relativieren. Wir haben z. B. in New York und auch hier in Berlin vor kurzem sehr gute Ver-

*) Dr. Klaus Scharioth, Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland

handlungen über die neue Resolution der Vereinten Nationen bezüglich Iraks geführt. Wir haben sehr gute Gespräche mit einer amerikanischen Delegation gehabt, und ich glaube, das Ergebnis, welches wir in New York erzielt haben, nämlich eine Konsensresolution zu dieser bedeutenden Frage, ist auch das Ergebnis dieser sehr engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit. Es zeigt sich einmal mehr, wie wichtig diese transatlantischen Beziehungen sind, denn ich glaube, wenn es hier einen Dissens gegeben hätte, hätte sich das für die ganze internationale Gemeinschaft negativ ausgewirkt. Europäer und Amerikaner sind, wenn auch aus unterschiedlichen Positionen heraus, voneinander abhängig. Darüber hinaus glaube ich, dass Europa und Amerika die Werte demokratischer, offener und dem Rechtsstaat verpflichteter Gesellschaften in einem ungleich höheren Maße als irgendwelche andere Regionen in dieser Welt teilen. An diesem Befund wird sich nichts ändern, und allein aus dieser Feststellung über die gemeinsamen Werte ergibt sich automatisch eine große Nähe in unseren Beziehungen. Aber nur wenn wir Europäer geschlossen auftreten, sind wir in der Lage, wirksam Einfluss auszuüben und unsere Interessen und Werte auch wirkungsvoll zu vertreten. Nur gemeinsam sind wir ein starker und belastbarer Partner für die Vereinigten Staaten. Es geht um Partnerschaft mit den USA und nicht um den Aufbau eines europäischen Gegengewichts oder einer europäischen Konkurrenz.

Die Frage lautet: Was brauchen wir zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit? Wir brauchen zum einen – und das hat der Irak-Konflikt gezeigt – eine verbesserte außenpolitische Willensbildung. Deswegen bedarf es eines europäischen Außenministers, der Einführung der qualifizierten Mehrheit in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und der verstärkten Zusammenarbeit bei der europäischen Verteidigungspolitik. Es bedarf zusätzlich einer ganzen Reihe struktureller Änderungen, wie wir sie gemeinsam mit Frankreich im November letzten Jahres und im Januar diesen Jahres vorgeschlagen haben. Unsere Vorschläge haben die Diskussion im Konvent maßgeblich mit beeinflusst, und ich glaube, dass man durchaus mit einem gewissen Optimismus sagen kann, dass es im Konvent zu tief greifenden Verbesserungen dieser Strukturen und damit auch der europäischen Handlungsfähigkeit im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kommen wird. Aber wir brauchen nicht nur diese Strukturen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn wir die europäische Handlungsfähigkeit erhöhen wollen, brauchen wir eine qualitative Weiterentwicklung der europäi-

schen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der britische Konventsvertreter Peter Hain hat zutreffend formuliert: „defence policy is the hard end of foreign policy“. Ich stimme dem zu. Wir sind überzeugt, dass eine europäische Außenpolitik durch eine glaubhafte gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterlegt sein muss, und in diesem Sinne haben wir diese Vorschläge gemacht. In diesem Sinne haben wir auch gemeinsam mit Frankreich ganz konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion gemacht. Das beinhaltet erstens ein Gefühl der gegenseitigen Solidarität. Wir haben deswegen eine so genannte Solidaritätsklausel vorgeschlagen, wonach in Fällen des Terrorismus, aber auch bei nationalen Katastrophen, also im gesamten Spektrum des Krisenmanagements, sich die europäischen Staaten solidarisch verhalten sollen. Zum Zweiten aber fordert dies auch mehr Fähigkeiten und impliziert zum Dritten, dass diese europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion dazu beitragen muss, dass der europäische Pfeiler des nordatlantischen Bündnisses, der europäische Pfeiler der NATO, stärker wird. Dies ist von essenzieller Bedeutung, und wir kommen nicht daran vorbei, dass wir hier unsere Hausaufgaben machen müssen.

Unsere Vorschläge für den Konvent waren auch eine wichtige Grundlage für die Beschlüsse des Gipfels vom 29. April, zu dem der belgische Ministerpräsident Verhofstadt die Regierungschefs von Frankreich, Luxemburg und Deutschland eingeladen hatte. Diese vier Staaten haben sich die deutsch-französischen Vorschläge für den Konvent zu Eigen gemacht und diese bekräftigt. Der Bundeskanzler hat unsere Position zum Vierer-Gipfel deutlich gemacht, nicht zuletzt auch auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Weimarer Dreiecks am 9. Mai in Breslau. Erstens: Die genannten Vorschläge und Initiativen stehen allen interessierten Partnern offen. Das ist ein ganz entscheidender Aspekt, es handelt sich also nicht um eine geschlossene Gruppe. Es ist eine Initialzündung, ähnlich wie die Initiative von Frankreich und Großbritannien in St. Malo 1998, allerdings mit einer Öffnung für alle interessierten Staaten. Zweitens: Ziel ist die Stärkung Europas und damit auch ein notwendiger Beitrag zu einer stärkeren Allianz, weil es ohne eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO in Zukunft keine vitale Allianz geben wird. Drittens: Die Lösungen, die wir für Europa finden müssen, sollen innerhalb des Vertrags und nicht außerhalb dessen gefunden werden. Deswegen haben wir so großen Wert auf das Mittel der

verstärkten Zusammenarbeit gelegt. Es ist unwahrscheinlich, dass wir im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Konvent zu Mehrheitsentscheidungen kommen werden. Das bedeutet, die Verfassung wird hier Mehrheitsentscheidungen nicht zulassen, sondern das Einstimmigkeitsprinzip wird bestehen bleiben. Wenn wir jedoch einstimmig vorgehen müssen, wird nicht viel geschehen, weil nicht alle 25 Mitgliedstaaten bereit sind, zum selben Zeitpunkt in demselben Maße voran zu gehen. Vor diesem Hintergrund gibt es drei Möglichkeiten: Zum einen Stagnation, das ist inakzeptabel. Zum Zweiten eine Lösung außerhalb des Vertrags, wie es bereits bei der Rüstungskordinierung der Fall ist. Unsere Idee ist eine dritte Option: verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten innerhalb des Vertrags. Das bedeutet, dass diejenigen, die zu einer schnelleren Vorgehensweise bereit sind, die Möglichkeit hierzu erhalten. Dies kann jedoch nur unter zwei Bedingungen geschehen: Erstens muss diese verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des Vertrags und nach den Regeln des Vertrags vonstatten gehen, und zweitens muss jedem der übrigen Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben sein, sich zu einem späteren Zeitpunkt der Zusammenarbeit anzuschließen. Dies ist eine unverzichtbare Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die vier Staats- und Regierungschefs haben sieben Initiativen zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten ergriffen. Hierzu zählen unter anderem: die Fortentwicklung der deutsch-französischen Brigade, die Schaffung eines Lufttransportkommandos, die Schaffung gemeinsamer ABC-Abwehrfähigkeiten, aber auch die Einrichtung eines multinationalen verlegbaren Hauptquartiers für Teilstreitkräfte, also gemeinsame Operationen. Alle diese Fähigkeiten stehen der NATO ebenso zur Verfügung wie der EU, dienen der Zusammenarbeit zwischen beiden und sind Teil der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und den Vereinigten Staaten. Zu diesen Vorschlägen gehört auch die Schaffung eines Nukleus von kollektiven Planungs- und Führungsfähigkeiten für autonome EU-Operationen ohne Rückgriff auf NATO-Ressourcen. Die Diskussion über diese Vorschläge hat am 2. und 3. Mai 2003 in Rhodos begonnen und war ebenfalls Thema beim informellen Treffen der Außenminister. Sie ist konstruktiv geführt worden und wird beim Europäischen Rat in Thessaloniki fortgesetzt werden. Meines Erachtens beginnt nun die Phase, in der diese sieben Vorschläge geprüft werden, und in der sich herausstellen wird, wer sich welchen dieser Vorschläge anschließt.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Rolle der NATO einzugehen. Die NATO ist und bleibt die Grundlage unserer kollektiven Verteidigung. Diese Kernaufgaben kann auf absehbare Zeit keine andere Organisation wahrnehmen. Gleichzeitig müssen wir aber festhalten, dass dieses Bündnis sich, genauso wie die EU, in einem Wandlungsprozess befindet, und dass die neuen Herausforderungen durch die veränderte Weltlage wichtige Anpassungen erfordern. Ein starkes Bündnis bedarf leistungsfähiger Partner, nicht nur in Nordamerika, sondern eben auch in Europa. Nicht die Rolle der Vereinigten Staaten muss reduziert, sondern die Europas muss verstärkt werden. Eine ESVU soll die NATO nicht ersetzen, sondern sie soll nach unserer Vorstellung den europäischen Pfeiler einer – auch zukünftig – vitalen NATO bilden. Dieses Konzept muss in den kommenden Jahren operationalisiert werden. Ziel ist also ein starker europäischer Pfeiler in einer vitalen NATO.

Daraus ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

1. Die NATO und die EU bleiben in einer strategischen Partnerschaft verbunden, Konkurrenz und unnötige Duplizierung sind unerwünscht. Die Weiterentwicklung der NATO und EU muss von beiden Seiten aufeinander abgestimmt werden. Bei den momentan aktuellen Fragen der NATO-Response Force und der EU-Eingreiftruppe ist darauf zu achten, dass die Entwicklungen in beiden Organisationen eng miteinander koordiniert werden, vor allem aufgrund der Tatsache, dass hier ein „single set of forces“ besteht.

2. Die Europäer müssen ihre militärischen Fähigkeiten verbessern. Sie müssen Interoperabilität untereinander sowie mit US-Streitkräften herstellen bzw. erhalten und den entsprechenden Verpflichtungen nachkommen.

3. In Zukunft wird die Rolle der NATO möglicherweise zunehmend außerhalb Europas liegen. Wir Deutsche haben uns von Anfang an für eine starke Rolle der NATO bei ISAF in Afghanistan eingesetzt. Damit haben wir uns zu Beginn, bei ISAF 1 und 2, leider nicht durchsetzen können. Wir haben diese Priorität aber bei ISAF 3 umsetzen können, als wir selbst zusammen mit den Niederländern die Führungsrolle in Afghanistan übernommen haben. Wir sind sehr zufrieden über die Entscheidung der NATO, bei ISAF 4 noch weiter zu gehen, wodurch ein weiterer Schritt in Richtung unserer Vorstellungen gemacht wurde. Zwar wird es in Afghanistan keine NATO-Fahne geben, aber es handelt sich nach allen praktischen Erfordernissen weitgehend um eine NATO-Operation. Wir halten das für eine richtige Entwicklung und sind sehr dankbar,

dass inzwischen alle Verbündeten diese Ansicht teilen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird in der NATO eine Diskussion über eine unterstützende NATO-Rolle in Irak geführt. Ganz allgemein kann man davon ausgehen, dass zukünftig in der Praxis größere Operationen im oberen Bereich des Einsatzspektrums entweder NATO-Operationen bleiben werden, oder dass es sich um EU-Operationen unter dem Rückgriff auf NATO-Ressourcen handeln wird. Eine Limitierung der EU auf das untere Ende des Spektrums ist jedoch nicht wünschenswert.

Abschließend lassen sich aus den Ereignissen der letzten Wochen und Monate drei Lehren ziehen. Die erste heißt: Wir müssen als Europäer lernen, auch in der Außenpolitik mit einer Stimme zu sprechen. Dies ist in erster Linie eine politische Lehre, aber es ist auch eine Lehre, die im Konvent umgesetzt werden muss. Auch müssen wir die strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen. Hierzu haben wir unter anderem den Vorschlag einer Konsultationsklausel gemacht, deren Aussicht auf Realisierung gut zu sein scheint.

Die zweite Lehre lautet: Wir müssen in eine strategische Debatte eintreten und zwar zunächst unter uns Europäern und dann mit den USA, um zu verhindern, dass die Europäer und die USA in entscheidenden internationalen Fragen uneins sind. Auch dies ist in Rhodos diskutiert worden und wurde mit dem Auftrag an Javier Solana abgeschlossen, in Thessaloniki den Entwurf einer strategischen Analyse vorzulegen. Eine derartige Analyse umfasst mehrere Elemente, wozu unter anderem eine Bedrohungsanalyse zählt, wie man den neuen Bedrohungen nach dem 11. September begegnen kann. Diese strategische Debatte zwischen der EU und den USA muss schnellstmöglich beginnen. Bei selbstkritischer Reflexion wird auf beiden Seiten des Atlantiks der Fehler deutlich, dass diese strategische Debatte nach dem 11. September – außer über das Thema Terrorismus – nicht in aller Klarheit geführt wurde.

Schließlich die dritte Lehre: Wir müssen die strategische Partnerschaft zwischen der EU und der NATO ausbauen. Das wird nur dann möglich sein, wenn es uns gelingt, den europäischen Pfeiler des Bündnisses zu stärken.

Wolfgang Schäuble*)

Zunächst bitte ich Sie um Nachsicht, wenn ich eher zuspitzend, vielleicht auch ein wenig provozierend, relativ kurz formulieren und mich eher auf die Betonung von Unterschieden konzentrieren werde.

In der Europäischen Union muss sich niemand dafür entschuldigen, dass er gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika hat. Atlantische Partnerschaft und europäische Einigung waren immer zwei Seiten derselben Medaille, nicht Gegensätze, sondern untrennbar miteinander verbundene Teile. Die europäische Einigung wäre nicht ohne die atlantische Partnerschaft auf den Weg gebracht worden. Das gilt für den großen Erfolg der so genannten Westintegration, wie für die Überwindung des Kalten Krieges, des Eisernen Vorhangs und der europäischen Teilung. Diese Partnerschaft besteht fort, und es handelt sich wie gesagt nicht um Gegensätze.

Deswegen meine zweite Bemerkung. Die letzten Monate haben wieder bestätigt, dass das Verständnis eines geeinten Europas als Gegenpol zu den Vereinigten Staaten von Amerika oder einer Einigung Europas als Alternative zur atlantischen Partnerschaft nicht nur die atlantische Partnerschaft beschädigen, sondern zu einer Spaltung Europas führen würde. Nicht die künftigen Mitglieder der Europäischen Union haben eine andere Meinung vertreten als die bisherigen Mitglieder, sondern eine kleine Minderheit der heutigen Mitglieder vertrat eine Position, die von der großen Mehrheit alter wie neuer Mitglieder nicht geteilt wurde.

Unstimmigkeiten tauchen nicht nur immer wieder in unserer Geschichte auf, sondern auch bei der Behandlung aktueller Probleme. Deshalb müssen wir jetzt mit einer Stimme sprechen. Wir müssen uns als Europäer und als atlantische Partner stärker mit der Analyse der Weltlage und ihrer Probleme sowie mit der Frage befassen, welche Reaktionen die notwendigen und angemessenen – unseren Interessen entsprechend – sind. Wir haben nicht zu viel Amerika, sondern zu wenig Europa. In der Welt, so wie sie nicht nur nach dem 11. September, sondern auch nach dem Fall der Mauer und am Beginn des 21. Jahrhunderts ist, sind wir auch in unserer Sicherheit von Entwicklungen in allen Teilen der Welt unmittelbar betroffen.

Als Polen, als Deutsche, als Europäer erfahren wir allerdings auch, dass die Globalisierung nicht nur Risiko und Bedrohung, sondern vor allem auch eine Chance ist. Sie bedeutet hauptsächlich eine stärkere Interdependenz. Wir werden wohl nicht alle Aufgaben erfolgreich bewältigen können, ja wir können beispielsweise

*) Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik

noch nicht einmal über alles hinreichend betroffen sein. Zwar können wir Mahnwachen und Demonstrationen für den Frieden in Irak und gegen die Opfer in Irak organisieren, aber unsere Kraft reicht nicht aus, um uns über eine größere Zahl von Opfern, die es zur gleichen Zeit im Kongo gibt, auch nur entsprechend zu erregen. Wir sind es eben gewohnt, uns oft nur mit einem Thema auseinander zu setzen.

Die atlantische Partnerschaft ist in unserem politischen, wirtschaftlichen, aber auch militärischen Interesse. Deswegen empfinde ich die amerikanische Stärke nicht als Bedrohung, sondern eher als Schutz. Wenn wir allerdings die bestehenden Ungleichgewichte nicht zu groß lassen werden wollen, müssen wir den europäischen Pfeiler stärken. Und je besser uns dies gelingt, desto weniger besteht die Gefahr, dass Amerika sich als Hegemonialmacht und nicht als Führungsmacht versteht. Genau diesen Grad muss man versuchen zu beeinflussen, und zwar besser durch Partnerschaft als durch Konfrontation. Wenn wir die Möglichkeiten in diesem Sinne stärker wahrnehmen wollen, muss in Europa der Wille vorhanden sein, ein größeres, stärkeres und handlungsfähigeres Europa zu gestalten. Deswegen ist die Erweiterung der Europäischen Union und ihr Gelingen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch sehr wichtig. Dabei taucht das – mir aus Deutschland bekannte – Problem auf, dass die einen sich ein bisschen wichtiger und bedeutender betrachten als die anderen. Diesen Fehler dürfen wir nicht auf Europa übertragen. Die Erweiterung der Europäischen Union ist die erste Bewährungsprobe für ein größeres und stärkeres Europa. Die große Bewährungsprobe der friedlichen Überwindung der Diktatur und des Kalten Krieges wurde in Polen und in anderen osteuropäischen Ländern erfolgreich bestanden.

Regionen, in denen wir die amerikanische Hilfe brauchen, sind der Balkan, die europäische Nachbarschaft im Osten und Südosten sowie der Aufbau eines stabilen und engen Verhältnisses zu Russland, an dem wir ein vitales Interesse haben. Das gilt entsprechend für die südliche Küste des Mittelmeers und den Nahen Osten. Die Stabilität in diesen Regionen ist mindestens so sehr im europäischen wie im nordamerikanischen Interesse. Diese zukünftigen Aufgaben werden wir schrittweise erfüllen. Vor allem ist eine gemeinsame Analyse der Lage und der Chancen notwendig. Wir werden uns den Veränderungen stellen müssen. Die Veränderungen von Bedrohungen erfordern auch veränderte Antworten und Strukturen sowie verstärktes Engagement. Wir können uns nicht mehr abschotten, und das bedeutet, dass wir eine globale Rolle für die Eu-

ropäische Union und die NATO akzeptieren müssen. Wir werden für die atlantische Partnerschaft eintreten müssen und dafür, dass sich die amerikanische Führung und die amerikanische Stärke mit multilateralen Strukturen und Entscheidungswegen gegenseitig ergänzen. Wenn in den zurückliegenden Monaten die Partner der atlantischen Allianz einig gewesen wären, hätten wir die Vereinten Nationen in der Irak-Frage entscheidungsfähig haben können. Der Fortschritt, der nunmehr zu sehen ist, hätte schon vor ein paar Monaten gemacht werden können. Joseph Nye hat sehr klar gesagt, dass es sicherlich schade war, dass es nicht zu einer gemeinsamen Entscheidung gekommen war, aber in jedem Fall deutlich wurde, dass eine Veränderung der Verhältnisse in Irak unvermeidlich notwendig gewesen war. Entscheidend ist also, Führungsstärke und multilaterale Entscheidungen und Strukturen zu verbinden und mehr Europa zu schaffen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass Worte und Taten nicht zu sehr auseinander klaffen. Mich hat die Erklärung der europäischen Verteidigungsminister schon hinreichend berührt, dass die europäische Eingreiftruppe jetzt soweit sei, aber gleichzeitig noch erhebliche Mängel habe, was ihre Einsatzfähigkeit betrifft.

Die Aufstellung der NATO-Response-Force halte ich für eine gute Entscheidung. Es ist der beste Ansatz, um die Lücke zwischen dem amerikanischen und europäischen Pfeiler der NATO kleiner werden zu lassen. Deswegen müssen wir uns stark auf das Gelingen dieses Konzepts konzentrieren.

Ich befürworte ausdrücklich die Einigung und eine gemeinsame Haltung in Europa in den Verfassungsdritten, in der Debatte im Konvent. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass wir nicht nur den Posten eines europäischen Außenministers schaffen, was ein Schritt in die richtige Richtung ist, sondern dass wir ebenso in der Außenpolitik eine frühzeitige Konsultationspflicht einführen und uns schrittweise auf ein Mehrheitsentscheidungs-system hinbewegen.

Ich bin für verstärkte Zusammenarbeit. Ich glaube, ich habe sogar mal mit einem Freund den Begriff „Kerneuropa“ erfunden und werde trotzdem dazu raten, auf den Brüsseler Pralinengipfel nicht mehr zu sprechen zu kommen. Zwar war er nicht mehr zu vermeiden, aber er sollte jetzt rasch wieder vergessen werden.

Die ESVP sollte gemeinsam vorangetrieben werden, um Europa stärker zu machen und nicht um ein Gegengewicht zur atlantischen Allianz zu bilden. Eine Spaltung Europas hat keine Zukunft. Wenn wir auf diese Weise aus den Ereignissen der letzten Monate die

richtigen Schlussfolgerungen ziehen, ist meine optimistische Beurteilung, dass im Jahre 2010 die Krise der zurückliegenden Monate als der Moment gesehen wird, von dem an die europäische Entwicklung vorangetrieben worden ist. Ich glaube, dass Europa aus dieser Entwicklung gestärkt hervorgehen wird. Meine Überzeugung ist, dass die Fehler, die gemacht worden sind,

nicht mehr streitig sind und die Bereitschaft gewachsen ist, daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Genau in diesem Sinne muss sich die polnische und deutsche Zusammenarbeit gestalten, um nicht von späteren Generationen verurteilt zu werden, dass wir die größten Chancen in der Geschichte gehabt, aber verpasst hätten.

Polen und Deutschland – Vorstellungen für eine zukünftige EU

Jan Trzuszczynski*)

Während ich darüber nachdenke, was für eine erweiterte Europäische Union im polnischen Interesse liegt, erinnere ich mich an das Jahr 1992, als wir gemeinsam mit den Ländern der Visegrad-Gruppe der europäischen Gemeinschaft ein weiteres Memorandum unterbreitet haben, in dem wir darauf bestanden haben, unsere Bereitschaft zur Mitgliedschaft anzuerkennen. Wir schrieben, dass wir einer Gemeinschaft beitreten wollen, wie sie im Moment unseres Beitritts sein wird. Wir wollen, dass diese Gemeinschaft gut funktioniert, stark und effizient ist. Ich denke, dass sich diese Sichtweise Polens nicht verändert hat. Heute würde ich noch einen Punkt hinzufügen, den der gemeinsamen Solidarität.

In den kommenden Jahren wird sich die erweiterte Europäische Union einem großen Effizienz- und Leistungsfähigkeitstest unterziehen müssen. Es liegt in unserem Interesse, dass die EU dieser Aufgabe gewachsen ist. Die institutionellen Veränderungen und die Reformen der EU-Verträge betreffend, wollen wir das institutionelle Gleichgewicht aufrechterhalten. Wir wollen an der Methode der gemeinsamen Entscheidungsfindung festhalten und sie weiterentwickeln. Wir wollen eine Vertiefung der Integration, und in diesem Sinne sind wir bereit, die Ausweitung der Kompetenz der Europäischen Union auf weitere Bereiche und eine verstärkte Zusammenarbeit zu akzeptieren. Generell befürworten wir die Erweiterung der Bereiche, in denen die Europäische Union die Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit trifft. All dies dient der Aufrechterhaltung der Effektivität.

Dies ist sehr wichtig, da die EU ihren Mitgliedstaaten ein zufrieden stellendes Produkt bieten muss. In diesem Sinne liegt auch die Effektivität der EU im Interesse Polens. Wenn ich von diesem Produkt rede, meine ich die Gewährleistung einer größeren Sicherheit in verschiedenen Aspekten für die EU-Bürger: die Entstehung zusätzlicher Wachstumsimpulse in der Wirtschaft der Mitgliedstaaten, die Gewährleistung einer

wirtschaftlichen Entwicklung, welche einen ausgeglichenen Charakter trägt und der ständige Anstieg des Lebensstandards. Dieses Produkt muss die Union ihren Bürgern geben, und wenn dieses Produkt nicht zufrieden stellend sein wird, droht uns das „Modell Titanic“, welches wir entschieden vermeiden wollen.

Mit dem Effizienz- und Leistungsfähigkeitstest ist ein dritter Test verbunden: der Test der Solidarität. Es ist selbstverständlich, dass Polen sich noch in einer Phase der Anpassung befindet und noch lange unter dem EU-Durchschnitt liegen wird. Des Weiteren ist Polen an der Aufrechterhaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Solidarität zwischen den europäischen Ländern stark interessiert, zumindest auf der Ebene, auf der sich die Solidarität in den letzten Jahren befand. Wir wissen alle genau, warum dies ein Test sein wird: Es erwartet uns alle im erweiterten Kreis die Diskussion über das Budget, wer wie viel zahlen wird, und wer wie viel bekommen wird. Es erwartet uns ebenso eine Diskussion über die Reformen der Strukturpolitik, für die – wie jetzt schon sichtbar wird – Polen und Deutschland einen intensiven Dialog sowohl zwischen Warschau und Berlin als auch zwischen den polnischen Woiwodschaften und den deutschen Bundesländern brauchen. Unsere Interessen sind hier nicht völlig übereinstimmend, was man deutlich sehen kann. Wir legen Wert darauf, und wir müssen Wert darauf legen, einen Kompromiss mit den Deutschen zu finden, damit das Solidaritätsprinzip sein praktisches Ausmaß behält. Wenn wir dies erreichen, können wir darüber reden, dass die Stärke der erweiterten Europäischen Union effektiver als die der Union der 15 Mitgliedstaaten sein wird.

Polen ist ein Land, welches sich an der Entwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie am Aufbau der Fähigkeit, zivil und militärisch auf Krisensituationen zu reagieren, konstruktiv beteiligen will. Für Polen ist der Aufbau einer Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten und die Stärkung der transatlantischen Beziehungen wichtig. Das ist ein starkes Interesse in der polnischen Sicherheitspolitik.

*) Jan Trzuszczynski, 2. Sekretär im Außenministerium der Republik Polen

Zwischen den Interessen Deutschlands und Polens, wie auch zwischen den Interessen anderer Länder der erweiterten Europäischen Union und Polens bestehen viele Berührungspunkte und Felder der Übereinstimmung. Zu diesen Feldern gehören auch die Beziehungen zu den Nachbarländern der erweiterten EU. Zweifellos besteht sowohl in Deutschland als auch in Polen ein strategisches Interesse am Ausbau friedlicher und konstruktiver Beziehungen zu Russland. Wir wünschen uns ebenfalls eine intensive Entwicklung der Beziehungen mit anderen Ländern, die östlich von Polen liegen, vor allem mit der Ukraine. In unserem gemeinsamen Interesse liegt die Aufrechterhaltung der Offenheit des europäischen Klubs unter der Bedingung, dass alle, die dem Klub beitreten werden, die Beitrittskriterien in demselben Maße erfüllen werden, in dem wir Polen sie erfüllen mussten. Hier erwarten Deutsche und Polen schon in den nächsten Jahren gewisse „Solidaritätstests“.

Es entsteht die wichtige Frage, ob es gelingt, Beitrittsverhandlungen mit Rumänien und Bulgarien schon im Jahr 2004 abzuschließen, so wie es sich unsere südlichen Nachbarn wünschen würden. Das ist auch unser Wunsch, jedoch wissen wir nicht, ob es gelingt. Die zweite wichtige Frage ist, ob wir uns als erweiterte Europäische Union für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bereits 2004/2005 entscheiden werden, womit Polen rechnet. Falls wir uns dafür entscheiden, welches Solidaritätsangebot kann dann die erweiterte Europäische Union der Türkei anbieten? In geringerem Grad bezieht sich der Solidaritätstest auch auf die Länder, denen die Beitrittsperspektive bereits eröffnet worden ist, welche aber noch viele Jahre nicht im Stande sein werden, die Verhandlungen mit der EU aufzunehmen. Ich beziehe mich hier auf die Länder des Westlichen Balkans. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, die Verhandlungen mit den Ländern nicht zu verzögern, die zu einem Beitritt bereit sind, und auch die Perspektive der Offenheit der europäischen Integration aufrecht zu erhalten. Es gibt Bereiche, in denen wir mit unseren westlichen Nachbarn nicht ganz übereinstimmen, oder vielmehr sie mit uns. Wir stimmen zu, dass unser östlicher Nachbar, die Ukraine, noch viele Jahre schwerer Arbeit vor sich hat, bevor man eine konstruktive Antwort auf ihre Bereitschaft geben kann, der EU beizutreten. Gleichzeitig möchten wir, dass die Mitgliedschaftsperspektive für dieses Land offen bleibt, um Europa nicht an der Bug-San-Linie zu schließen.

Wir werden oft als eine Gesellschaft gesehen, die ausschließlich den wirtschaftlichen Nutzen der Integra-

tion im Auge hat, die politischen Vorteile jedoch, wie Frieden, Stabilität und äußere Sicherheit, nicht wahrnimmt. Ich behaupte, dass dies nicht der Wahrheit entspricht und denke, dass ich nicht der Einzige bin, der dieser Meinung ist. Es ist wahr, dass uns im letzten schwierigen Jahr der Verhandlungen die fortlaufenden Teilaspekte, die nicht das ganze Bild der Integration ausmachen, das Sichtfeld teilweise einschränkten und uns dahingehend beeinflussten, dass wir uns auf den Kampf um das Geld und die Direktzahlungen konzentriert haben. Dies geschah auf Kosten der Diskussion über die Zukunft der europäischen Integration und Polens Beitrag zur zukünftigen Gestalt Europas. Das ist jedoch eine Übergangserscheinung, und man kann bereits das Interesse Polens an der „finalité européenne“ erkennen. Polen zeigt Interesse zum einen an dem Ausgang der Verfassungsdebatte, welchen Platz und welche Rolle Polen in der Bildung dieser Verfassung einnehmen wird, zum anderen an der Rolle der erweiterten Europäischen Union in den globalen internationalen Beziehungen.

Ich denke demnach, dass man auch auf der mentalitätspsychologischen Ebene auf Polen als konstruktiven und sachlichen Partner zählen kann, der an der Vertiefung der Integration interessiert ist und sich vor der Föderation und der Akzeptanz verschiedener Aspekte des Funktionierens der EU nicht fürchtet.

Übersetzt von Elżbieta Kozłowska

Peter Altmaier*)

In der öffentlichen Wahrnehmung befindet sich die Europäische Union seit jeher in einer „Krise“, aber nie war sie so dramatisch wie im Augenblick: Der enttäuschende Reformgipfel von Nizza, die Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten, der Prozess der Globalisierung und die dramatisch veränderte Situation in der Außen- und Sicherheitspolitik stellen die Europäische Union vor enorme Herausforderungen. Aller Schwierigkeiten zum Trotz ist es uns über die letzten 50 Jahre gelungen, unglaubliche Integrationsfortschritte zu erreichen, und dies manchmal zu Zeitpunkten, an denen man es kaum für möglich gehalten hätte. Deshalb glaube ich, dass die Europäische Union auch die jetzige Krise überwinden wird und dass es gelingen wird, im Konvent einen vernünftigen und tragfähigen Kompromiss zu erreichen.

Der Konvent wird nicht alle Fragen regeln, die wir in Europa irgendwann entscheiden müssen. So wird er beispielsweise nicht die Frage nach der Finalität der Integration beantworten. Es gibt im Augenblick in Euro-

*) Peter Altmaier, MdB, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

pa keinen Konsens über die Finalität der Europäischen Union. Da gibt es die Anhänger der Idee eines Europäischen Bundesstaats, einer Europäischen Föderation oder eines Modells, welches einer Freihandelszone ähnelt. Die Vorstellungen liegen weit auseinander, und wir werden diesen Konflikt zu diesem Zeitpunkt nicht lösen können. Zwar werden wir bei den institutionellen Fragen sicherlich einen Kompromiss erreichen, aber der wird die unterschiedlichen Zielvorstellungen widerspiegeln.

Wir werden mit Sicherheit auch nicht die Frage des territorialen Umfangs der Europäischen Union beantworten. Die Frage nach der Mitgliedschaft der Türkei, der Ukraine, von Rumänien und Bulgarien sowie den ehemaligen Staaten Jugoslawiens muss gestellt werden. Aber wir müssen offen sagen, dass die Mitgliedschaft jedes dieser Staaten in der Europäischen Union heikle Fragen aufwirft. Sie können aus unterschiedlichen Gründen in höchstem Maße Spannungen in Europa auslösen, welche sowohl emotionale als auch außenpolitische Aspekte beinhalten. Es ist nachzuvollziehen, dass aus polnischer Sicht bedeutend ist, der Ukraine eine Perspektive offen zu halten. Denn mit einem Beitritt der Ukraine würde Polen nicht mehr die Außen- grenze der Europäischen Union bilden. So lag es ebenfalls im deutschen Interesse, Polen möglichst bald in die Europäische Union aufzunehmen, damit Deutschland nicht länger die Randlage innehat. Sollte die Ukraine Mitglied der EU werden, wird auch sie ein großes Interesse haben, ihren östlichen Nachbarn ebenfalls den Beitritt zur Union zu ermöglichen. In Deutschland wird die Frage des Beitritts der Türkei sehr kontrovers und emotional diskutiert und manchmal auch missbraucht. Ich meine, dass wir in dieser Debatte jedenfalls berücksichtigen müssen, dass die politische Elite in der Türkei seit 40 Jahren ihre Hoffnung auf diese europäische Perspektive setzt.

Alle diese Fragen werden wir im Konvent nicht entscheiden können. Der Konvent muss aber dafür sorgen, dass Europa in einem wichtigen Augenblick der weltgeschichtlichen Entwicklung wieder handlungsfähig wird. Ich meine das sehr ernst. Im Laufe der letzten Jahre ist zunehmend ein Verlust der Handlungsfähigkeiten in vielen Bereichen eingetreten, die zur ersten Säule gehören, also im Bereich des Binnenmarkts und der Grundfreiheiten. Der Grund dafür liegt nicht im Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten, sondern darin, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren genauso wenig ihre Strukturreformen zustande gebracht hat wie etwa die beiden wichtigen Mitgliedslän-

der Frankreich und Deutschland die notwendigen innerstaatlichen Strukturreformen.

Wir versuchen im Konvent Effizienz, Handlungsfähigkeit und Demokratie auf europäischer Ebene herzustellen beziehungsweise wiederherzustellen. Dabei stellen wir fest, dass durch Ungeschicklichkeiten und Fehler, die sowohl bei der aktuellen Reformdebatte als auch bei der Diskussion über eine europäische Beteiligung am Irak-Krieg gemacht worden sind, die Konflikte innerhalb der EU erheblich zugenommen haben. Wir haben heute ein viel größeres Misstrauen zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten als vor einigen Jahren. Es war für mich sehr interessant, dass unsere polnischen Freunde, die traditionell ein großes Land sind, ihre Interessen im Konvent bei den kleinen Mitgliedstaaten besser aufgehoben fühlen als bei den großen. Zudem gibt es in bestimmten Bereichen einen Konflikt oder zumindest Interessendivergenzen zwischen den jetzigen Mitgliedstaaten und denen, die demnächst beitreten werden. Die Frage ist, ob es uns gelingt, die institutionelle Ordnung in Europa so zu reformieren, dass diese Konflikte in Zukunft vernünftig ausgetragen oder – noch besser – vermieden werden können. Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass wir es schaffen müssen, das Prinzip der qualifizierten Mehrheitsentscheidung auf alle europäischen Entscheidungen in allen Bereichen auszudehnen. Denn mit 25 Mitgliedstaaten kann man nicht mehr effizient arbeiten, wenn jedes einzelne Land ein Vetorecht in Anspruch nehmen kann. Das Vetorecht wird dann regelmäßig von irgendeinem Land als Mittel der Erpressung eingesetzt. Im Interesse der Solidarität in Europa muss dieses Erpressungspotenzial beseitigt werden.

In den letzten Jahrzehnten haben wir über die Strukturfonds sehr stark Solidarität zugunsten der damals neuen Mitgliedstaaten Irland, Spanien, Portugal und Griechenland ausgeübt. Jetzt ist es an der Zeit, diese Solidarität auf diejenigen Länder zu übertragen, die aufgrund ihrer volkswirtschaftlichen Situation den größten Abstand zum Durchschnitt des Lebensstandards in der Europäischen Union haben. Das sind fast alle neuen Mitgliedskandidaten. Solange aber über die Strukturfonds einstimmig entschieden wird, hat jedes Land, das bislang im starken Maße davon profitiert, ein Vetorecht. Das wird dazu führen, dass sich am Ende der Kommissar Barnier mit der Forderung durchsetzen wird, die Fondsmittel mit der Gießkanne über Europa zu verteilen, statt sie dort zu konzentrieren, wo sie notwendig sind, nämlich in den Gebieten mit der schwächsten wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Frage der Mehrheitsentscheidungen ist darüber hinaus nicht nur technischer, sondern auch politischer und philosophischer Art, weil es um die Frage geht, nach welchen Prinzipien wir in Europa Politik machen. Wir machen heute, auch im Bereich des Binnenmarkts, der Innen- und Justizpolitik, immer noch Politik nach dem Prinzip der Politik zwischen Staaten. Das heißt, wir legen in den nationalen Regierungskabinetten Positionen fest, die im Ministerrat vertreten werden, und für jedes Land ist es eine Frage der nationalen Ehre, die eigene Position durchzusetzen. Dadurch entstehen Blockaden, die manchmal kaum zu überwinden sind. Nehmen wir das Beispiel der Übernahmerichtlinie. Die Übernahmerichtlinie wird seit über zehn Jahren in Brüssel verhandelt, und wir sind nicht im Stande, zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen, obwohl dies – gerade vor dem Hintergrund der Globalisierung – von entscheidender Bedeutung für Europa wäre.

Meine Erfahrung als ehemaliger Beamter der Europäischen Kommission in Brüssel sowie als Mitglied im Deutschen Bundestag und in den zuständigen Ausschüssen ist, dass die Interessenunterschiede in Europa in 90% der Fälle nicht nach nationalen, sondern nach politischen Grenzen verlaufen. In den meisten Fällen, in denen es um Richtlinien und Verordnungen in Brüssel geht, gibt es auch innerhalb Deutschlands unterschiedliche Auffassungen, was richtig oder falsch ist. Innerhalb von Polen, Frankreich oder der Niederlande gibt es ebenfalls unterschiedliche Auffassungen. Deshalb müssen wir diesen europäischen Prozess so organisieren, dass er sich stärker an politischen Gesichtspunkten orientiert. Dies wird auch zu einer Verstärkung der europäischen Identität führen.

In diesem Zusammenhang sehe ich die Frage nach der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament als den entscheidenden Punkt. Dieser Vorschlag ist inzwischen von den Mitgliedern des Konvents weitgehend akzeptiert. Wenn man die aktuelle Diskussionslage mit der zu Beginn der Konventsarbeit geführten Diskussion vergleicht, sind enorme Fortschritte gemacht worden. Ich glaube, dass der Kern von Demokratie in unseren Ländern darin besteht, dass die Bürger die Möglichkeit haben, ihre Regierung zu wählen und abzuwählen. Mit der Wahl von Regierungen entscheiden die Bürger über politische Handlungsalternativen. Es gibt in Polen die Möglichkeit, die Regierung abzuwählen, das ist oft genug geschehen. Ebenso besteht diese Möglichkeit in Deutschland, in Frankreich, in Großbritannien, sie besteht in jedem demokratisch verfassten Staat. Jedoch hat der Bürger in Polen, der in Zukunft von europäischen Entscheidun-

gen in der Agrarpolitik betroffen ist, oder der Handwerker im deutsch-polnischen Grenzgebiet keine Möglichkeit, Brüsseler Handeln zu sanktionieren. Die Wahl zum Europäischen Parlament hat derzeit nämlich keinen Einfluss auf die Politik, die in Brüssel gemacht wird.

Das wird sich ändern, wenn das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten wählt. Ich bin überzeugt, dass wir dann innerhalb von wenigen Jahren Spitzenkandidaten der großen Parteienfamilien haben werden, die mit unterschiedlichen Programmen und Mannschaften aus allen Mitgliedstaaten in den europäischen Parlamentswahlen um Unterstützung kämpfen. Dann werden die Trennlinien nicht so sehr nach Mitgliedstaaten, sondern vielmehr nach politischen Ausrichtungen verlaufen. So stelle ich mir vor, dass beispielsweise ein polnischer Kandidat der Sozialdemokraten für das Amt des Kommissionspräsidenten in Europa von den Sozialdemokraten in Deutschland und in allen anderen Ländern unterstützt wird. Und vielleicht werden die polnischen bürgerlichen Parteien eher einen niederländischen oder portugiesischen Kandidaten unterstützen, der ihre politische Familie repräsentiert. Bis dahin ist ein weiter Weg zu gehen. Ich bin aber der Meinung, dass das die einzige Möglichkeit ist, die gemeinsamen Zuständigkeiten im integrierten Bereich der Europäischen Union wahrzunehmen. Mir scheint, wir sind hier auf einem guten Weg, ich bin da optimistisch.

Ein weiterer heikler Punkt der institutionellen Debatte ist die Frage nach der Größe der Kommission. Dieses Thema ist besonders sensibel für die neuen Mitgliedstaaten. Ich bin der Auffassung, dass jeder neue Mitgliedstaat nach seinem Beitritt auf jeden Fall die Möglichkeit haben muss, mit einem Kommissar in der Kommission vertreten zu sein. Und zwar unabhängig davon, ob der Staat Polen oder Malta heißt. Dies ist eine wichtige Möglichkeit, Erfahrungen in Brüssel zu sammeln und auch im eigenen Land deutlich zu machen, dass man in dieser Europäischen Union gleichberechtigt mitwirkt. Es bleibt jedoch die Frage offen, ob wir auf Dauer mit diesem System weitermachen können. Meine persönliche Erfahrung aufgrund meiner Tätigkeit in Brüssel ist, dass eine Kommission, bestehend aus 30 oder mehr Kommissaren, auf Dauer weder handlungsfähig noch nach außen erkennbar sein wird. Deshalb hat mich die Aussage von Jean Luc Dehaene, des ehemaligen Regierungschefs von Belgien, sehr beeindruckt. Er sagte: „Als Vertreter eines kleinen Landes ist mein nationales Interesse, nicht eine Kommission mit einem belgischen Kommissar zu haben, sondern eine

Kommission, die handlungsfähig ist, und die imstande ist, Politik im Interesse und im Sinne der kleinen Länder in Europa zu machen“. Ich glaube, genau dahin müssen wir kommen.

Das bringt mich zu dem Punkt, in dem ich im Augenblick die größte Gefahr für eine Einigung sehe: die Diskussion über den künftigen Präsidenten des Europäischen Rates. Diese Diskussion ist sehr emotional geführt worden und hat im Konvent zu großen Polarisierungen geführt. Meiner Meinung nach liegt der Fehler zum Teil bei denjenigen Ländern, die vor über einem Jahr diesen Vorschlag gemacht haben, ohne ihn mit den Kandidatenländern und den kleinen Mitgliedstaaten abzustimmen. Ich hätte mir durchaus vorstellen können, ohne einen solchen Präsidenten des Europäischen Rates den Verfassungsvertrag abzuschließen. Aber in Kenntnis der Position meiner Freunde in Spanien, Großbritannien und Frankreich zu diesem Thema muss ich annehmen, dass wir im Konvent nicht zu einem gemeinsamen Vorschlag für eine Verfassung kommen werden, wenn wir nicht einen Kompromiss in der Frage der Ratspräsidentschaft erreichen. Für einen gewählten Ratspräsidenten spricht das Argument, dass das bisherige Rotationssystem nicht funktioniert, sondern ein großes Effizienzhindernis darstellt. Dabei sind es in der Regel nicht die Regierungschefs der kleineren Staaten, die Schwierigkeiten haben, diese sechsmonatige Präsidentschaft wahrzunehmen. Die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedstaaten sehen hier ein Problem, weil sie einfach keine Zeit haben, sich um diese europäischen Herausforderungen in dem Maße zu kümmern, in dem es notwendig wäre.

Wenn wir allerdings einen Präsidenten des Europäischen Rates akzeptieren, darf dies nicht dazu führen, dass das, was in den letzten 40 Jahren an Integration erreicht worden ist, wieder rückgängig gemacht wird. Es darf nicht passieren, dass wir statt die dritte Säule in die erste zu überführen, die erste in die dritte überführen. Mit anderen Worten: Wir dürfen nicht zulassen, dass bereits vergemeinschaftetes Handeln in den Bereich der intergouvernementalen Zusammenarbeit zurück überführt wird. Das bedeutet, dass wir einen starken Kommissionspräsidenten als Gegengewicht zum Präsidenten des Europäischen Rates brauchen. Wir müssen auch das Verhältnis zwischen dem Europäischen Außenminister, dem Kommissionspräsidenten und dem Ratspräsidenten so gestalten, dass es nach Möglichkeit nicht zu Konkurrenz und Konflikten führt, sondern dass diese drei Persönlichkeiten im Interesse einer starken Europäischen Union zusammenarbeiten.

Der Vorschlag, diese Dreierkonstellation dadurch zu verhindern, dass man die Position des Kommissionspräsidenten und des Präsidenten des Europäischen Rates in einer Person fusioniert, wurde von Pierre Lequiller in Frankreich und Wolfgang Schäuble in Deutschland gemacht. Joschka Fischer hat diesen Vorschlag unterstützt. Über solche Vorschläge kann man diskutieren. Ich fürchte jedoch, dass die Zeit jetzt noch nicht reif ist, um im Konvent dafür eine Mehrheit zu bekommen. Deshalb wünsche ich mir, dass wir als Gegenleistung für einen Präsidenten des Europäischen Rates eine starke und handlungsfähige Kommission bekommen. Es wäre fatal, wenn am Ende der Kompromiss auf einen gewählten Präsidenten des Europäischen Rates und eine Kommission hinausliefe, die aus 30 oder mehr Kommissaren bestünde.

Abschließend möchte ich feststellen, dass durch die gleichberechtigte Mitgliedschaft Polens und der übrigen Kandidatenländer im Konvent von Anfang an deutlich geworden ist, dass der künstliche Gegensatz, der zwischen den bisherigen Mitgliedstaaten und den neuen Kandidatenländern konstruiert worden ist, nicht besteht. Auch die Behauptung, die Kandidatenländer seien weniger an einer engen Integration interessiert, ist nicht haltbar. Wir stellen fest, dass insbesondere die polnischen Vertreter im Konvent, aber auch die Vertreter Ungarns und anderer Kandidatenländer, bislang eine sehr positive Rolle im Hinblick auf die Integration gespielt haben, dass auch sie auf eine handlungsfähige und effiziente Europäische Union setzen. Die Diskussion über ein Kerneuropa aus den alten Staaten und ein weiteres Europa mit den neuen Staaten wäre verheerend, weil dies ein Europa erster und zweiter Klasse bedeuten würde. Deshalb war ich immer dagegen, ein Kerneuropa um die Teilnehmerstaaten der Währungsunion zu gründen. Dies würde nämlich bedeuten, dass die neuen Kandidatenländer auf lange Sicht nicht zu diesem Kerneuropa gehören können.

Für durchaus erwägenswert halte ich allerdings das, was wir im Konvent als strukturierte Zusammenarbeit bezeichnen, vor allem im Rahmen der Verteidigungspolitik. Hier muss man die Trennung zwischen den Mechanismen der Zusammenarbeit auf der einen Seite und der Frage, wie man sich in den aktuellen Konflikten zu USA und Irak positioniert auf der anderen Seite, sehr genau vollziehen. Wenn wir in Zukunft als ein geeintes Europa in der Außenpolitik wahrgenommen werden wollen, müssen wir in diesem Bereich die Integration vertiefen. Das bedeutet, dass Polen und Großbritannien genauso beteiligt sein müssen wie Frankreich, Deutschland oder die Niederlande. Das ist eine

Herausforderung für den Konvent. Ich bin mir nicht sicher, ob uns eine Lösung aller geschilderten Probleme gelingt. Meine Einschätzung ist aber, dass die Europäische Union am Ende bislang immer die jeweiligen Herausforderungen bewältigt hat. Deshalb hoffe ich, dass wir am 20. Juni einen vernünftigen Entwurf für einen Verfassungsvertrag präsentieren können.

Jan Rokita*)

Da ich kein Mitglied des Konvents bin, werde ich Ihnen im Folgenden sicherlich keine Darstellung der aktuellen Entwicklungen seit den Vorschlägen Giscard d'Estaings geben. Ich möchte mich aber an etwas anderes heranwagen, entsprechend dem Thema dieses Teils des XI. Deutsch-Polnischen Forums. Ich habe den Eindruck, dass niemand bisher auch nur ansatzweise versucht hat, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu analysieren, wie Polen und Deutschland mit dem Problem des Verfassungsvertrags sowie dem Aufbau der zukünftigen Strukturen der Europäischen Union umgehen.

In der polnischen öffentlichen Meinung gab es zwei Wochen vor dem europäischen Referendum zwei Felder, auf denen sich eine gewisse Unruhe, Misstrauen oder auch unterschiedliche Interpretationen der Frage abzeichneten, welchem Zweck die Europäische Union dienen sollte. Mir treten diese beiden Felder sehr klar vor Augen, wenn ich höre, was die polnische öffentliche Meinung sagt, was die polnische Presse schreibt, wenn ich auch die Ängste höre, die von den Polen im Zusammenhang mit der Entscheidung über den EU-Beitritt Polens geäußert werden.

Das erste Feld der polnischen Ängste steht für mich im Zusammenhang mit der Verfassung der Europäischen Union. Diese Ängste haben damit zu tun, dass die Konstruktion der Europäischen Union – nicht wie sie jetzt ist, sondern ihre Konstruktion auf lange Sicht, (wenn nicht sogar für immer) – auf dem Prinzip Zentrum und Peripherien beruhen wird. In Polen argumentieren die Gegner der europäischen Integration – selbst die sehr entschiedenen – oftmals, sie seien nicht gegen den Beitritt Polens zur EU, da Polen Teil Europas war und ist, jedoch sei der in Kopenhagen ausgehandelte Vertrag so abgeschlossen, dass er zusammen mit den künftigen Entscheidungen des Verfassungsvertrags zu einer dauerhaften Teilung der Europäischen Union in Länder des Zentrums und der Peripherie führen wird.

Die Länder des Zentrums betreffend, gibt es besonders im Lichte der politischen Ereignisse der letzten Monate den sehr starken Verdacht, dass Franzosen und Deutsche jenes Zentrum bilden wollen. Diese Frage hat eine sehr lange Vorgeschichte, die polnische Befindlichkeit in diesem Bereich gibt es nicht erst seit gestern. Die Geschichte der EU-Erweiterung begann für Polen nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit mit den berühmten französischen Vorschlägen, eine Europäische Konferenz zu bilden, der diese neuen Länder beitreten sollten. Die Europäische Union sollte jedoch ihre Gestalt beibehalten, wie sie zu Beginn der neunziger Jahre war. Weiterhin wurde mit großer Aufmerksamkeit der seinerzeit Aufsehen erregende – und im Sinne einer Debatte über die Zukunft der EU – bahnbrechende Auftritt Fischers in der Humboldt-Universität wahrgenommen und kommentiert. Er stellte die These über einen engen Verbund von Staaten in den Mittelpunkt, welcher erst im Laufe der Zeit um weitere Länder erweitert werden sollte. In den Vorschlägen der deutschen Christdemokraten klang dieselbe Logik durch. Immer wieder tauchte das Konzept eines „harten Kerns“ oder auch eines „engen Bundes“ auf, Konstruktionen also, die auf dem Prinzip „Zentrum und Peripherien“ basierten. Die Befürchtungen, dass dieses Konzept in der künftigen inneren Struktur der EU verfestigt werden würde, wurden sicher noch durch gewisse Elemente des Beitrittsvertrags verstärkt. Dass bisher nicht wirklich klar ist, ob Polen als armes Land in den ersten Jahren seiner EU-Mitgliedschaft Nettozahler oder -empfänger sein wird, verstärkt ein gewisses Gefühl der Bedrohung. Die Tatsache, dass heute – zumindest zu Beginn der polnischen EU-Mitgliedschaft – keine volle Gleichberechtigung für die Unternehmen auf dem Landwirtschaftsmarkt garantiert ist, und es für viele Jahre keine volle Gleichberechtigung aller Länder im Bereich der Niederlassungsfreiheit und auf dem Arbeitsmarkt geben wird, vermindert dieses Gefühl nicht gerade. Noch weitere Elemente des Beitrittsvertrags riefen in Polen den Eindruck hervor, dass sich das Konzept Zentrum – Peripherie mit der Zeit verfestigen werde. Meiner Ansicht nach können auch bestimmte Teile der kürzlich dargelegten Vorschläge des Konventspräsidiums diesen Eindruck verstärken. Dabei geht es vor allem um eine erneute Erörterung von Fragen wie der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments oder einer Definition der qualifizierten Mehrheit bei den Abstimmungen in den europäischen Organen. Dies geschieht in einer Situation, in der die Polen in den letzten beiden Jahren ihren größten Verhandlungserfolg erzielt haben. Ich meine nicht die Kopen-

*) Jan Rokita, Mitglied des Sejms, Bürgerplattform (PO)

hagener Verhandlungen, sondern die von Nizza. Was in Polen als großer Verhandlungserfolg beim Vertrag von Nizza angesehen wird, soll demnächst infolge der Vorschläge des Europäischen Konvents zurückgenommen werden. Deshalb gibt es in den Beitrittsländern zur EU das bedrohliche Gefühl, dass eine Verschlechterung der Bedingungen erfolgt, was eine Verstärkung der Randständigkeit bedeuten würde.

Eine zweite Sache betrifft die Vorschläge des Konventspräsidiums zur so genannten strukturellen und militärischen Zusammenarbeit auf Basis der erhöhten militärischen Kriterien. Es ist nicht ganz klar, worauf diese erhöhten Kriterien und die strukturelle Zusammenarbeit beruhen sollen. Im Übrigen haben sich die polnischen Konventsvertreter – darunter auch Ministerin Hübner – dafür ausgesprochen, diese Teile des Konventsvertrags zu streichen. Wenn die strukturelle Zusammenarbeit im militärischen Bereich über die bereits bestehenden und die von Polen und anderen Beitrittsländern akzeptierten Mechanismen der verstärkten Zusammenarbeit hinausgehen soll, taucht die Befürchtung auf, dass es in Zukunft tatsächlich um die Bildung einer einheitlichen Armee eines Teils der europäischen Staaten geht. Andere Staaten, besonders die Beitrittsländer, sollen hingegen aus dieser Armee ausgeschlossen bleiben. In den Beitrittsländern verstärkt dies nur den sicheren Eindruck, dass sich die EU auf das Konzept Zentrum – Peripherie stützen wird.

Es ist auch nicht wahr, dass das deutsch-französische Politikkonzept gegenüber Russland, das an den Beitrittsländern vorbei entwickelt wurde, auf keinerlei Vorbehalte trifft. Die Wahrheit ist vielmehr, dass die Befürchtungen in diesem Bereich groß sind und sich in den letzten Monaten sehr verstärkt haben. Diese betreffen nicht nur die diesjährigen spektakulären Ereignisse in den deutsch-französisch-russischen Beziehungen, sondern auch alltägliche Probleme in der wirtschaftlichen Praxis der Europäischen Union. Als Beispiel ist die europäische Politik im Bereich des Handels mit Erdgas zu nennen, welche die polnischen Interessen demonstrativ unberücksichtigt lässt und die von den Polen nicht als Element der EU-Verfassung, sondern als Teil der Realität in der EU angesehen wird.

Zusammentreffend mit gewissen Elementen der Ungleichbehandlung im Beitrittsvertrag, den Gefahren im neusten Entwurf des Verfassungsvertrags, den das Konventspräsidium vorgelegt hat, sowie der deutsch-französischen Politik der letzten Wochen – auch in Zusammenhang mit Russland – wird verständlich, dass sich gewisse Befürchtungen zusammenbrauen. Es gibt in Polen die Sorge, dass die französische Sicht Europas,

der sich die Deutschen in letzter Zeit übermäßig anschließen, in Kollision zur polnischen Sicht geraten könnte.

Die nächste Frage betrifft weder unmittelbar den Konvent noch den Verfassungsvertrag, sondern eine gewisse Argumentation, die im Streit über die Europäische Union in Polen laut wurde, besonders in Kreisen der polnischen Rechten. Sie besagt, dass die Mechanismen der EU-Wirtschaftspolitik zu einer Ineffektivität der europäischen Wirtschaft führen und die Kluft zwischen Europa und dem Potenzial, der Stärke und der Energie der amerikanischen Wirtschaft vertiefen würden. Das, was im Konvent in dieser Frage geschieht, ist überaus konservativ. Es wird vorausgesetzt, dass die Politik in diesem Bereich gemäß der schon seit langem bestehenden Währungsunion im Kompetenzbereich der EU liegt, die gesamte Steuerpolitik der Staaten hingegen in deren eigener Kompetenz und Souveränität bleibt. Es fehlen grundlegende Veränderungen in diesen allgemeinen Leitlinien, die von der Europäischen Kommission formuliert wurden. Diese Leitlinien sind ungeheuer kompliziert, bürokratisch, allgemein und lassen sich so nicht in irgendeine reale Koordination von Wirtschaftspolitik umsetzen. Das Verhältnis der beiden großen Länder der EU – Frankreichs und Deutschlands – zu den Prinzipien von Stabilitätspakt und Wachstum sowie zur Wirtschaftspolitik der EU wird, meiner Ansicht nach, in den Beitrittsländern den Eindruck verstärken, dass die Ineffektivität der europäischen Wirtschaft etwas Dauerhaftes ist, und dass die berühmte Agenda von Lissabon und der Vorsatz, leistungsstärkste Wirtschaft zu werden, nur Propaganda sind. Es wird in Polen die Überzeugung verstärkt, dass diese beiden größten und – was die Zukunft der EU betrifft – gegenwärtig am meisten tonangebenden Länder grundsätzliche Schwierigkeiten haben, solche inneren Reformen durchzuführen, die zu einer Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität der gesamten EU beitragen könnten. Ein rein innerdeutsches Problem wirkt sich auf die polnische Sicht der Europäischen Union aus. Wir schätzen in Polen das Projekt „Agenda“ als unzureichend ein, um der deutschen Wirtschaft wirkliche Impulse verleihen zu können. Aus unserer Sicht ist das nicht nur eine Sache der deutschen Wirtschaft, sondern ein höchst elementares Problem der Zukunft der polnischen Wirtschaft und unserer Teilhabe an einem Block, der entweder ökonomisch effektiv ist oder nicht. Für ein armes und vom Kommunismus wirtschaftlich ruiniertes Land wie Polen ist nichts wichtiger, als dass sich die Wirtschaftsstruktur, der es beitrifft, nicht als Struktur eines anachronistisch orga-

nisierten Sozialstaats herausstellt. Wir erwarten, dass wir einer leistungsstarken, erfolgreichen und modernen Wirtschaft beitreten. Auf diesem Gebiet und nicht auf dem politischen Gebiet soll Europa eine reale Konkurrenz für die Vereinigten Staaten darstellen. Viel mehr als an einer Konkurrenz im politischen Bereich liegt es somit Polen an wirtschaftlicher Konkurrenz.

Die Entwicklung des polnischen Standpunkts bezüglich der Zukunft der EU, wird diese – meiner Ansicht nach – von einer sehr deutlichen Verteidigung der staatlichen Identität, ähnlich der Idee des postgaullistischen „Europas der Nationen“, in Richtung des föderalen Gedankens verlaufen. Wenn jemand die Anträge, Äußerungen und das Verhalten der polnischen Delegierten im Europäischen Konvent beobachtet, wird deutlich, dass es in Fragen wie der ausschließlichen Wahl des Vorsitzenden der Europäischen Kommission durch das Parlament, der qualifizierten Mehrheit und der sehr klaren Präferenz der Gemeinschaftsmethode gegenüber der Regierungsmethode, mit Polen keinerlei Probleme gibt und geben wird. Ganz im Gegensatz dazu haben wir den zunehmenden Eindruck, dass sich Deutschland, welches über viele Jahre hinweg gewissermaßen das Symbol und die Avantgarde der Vision eines föderalen Europas war, in den letzten Jahren von dieser Linie zurückweicht. Deutschland tendiert im Konvent – wie der Abgeordnete Altmaier feststellte – eher zu Kompromissen um jeden Preis als zur Formulierung der Vision eines föderalen Europas. Meiner Ansicht nach stammt eine so kräftige Stärkung der Regierungsmethode in der EU, wie sie der Vorschlag für einen EU-Präsidenten oder für einen Vorsitzenden des Europäischen Rates darstellte, von niemand anderem als von Deutschland. Noch vor wenigen Jahren hätte niemand in Polen eine solche Entwicklung erwartet. Eher erwarteten wir, dass Deutschland verstärkt die Richtung der Idee des Föderalismus vertreten würde. Meiner Meinung nach wird Polen zunehmend föderalistisch eingestellt sein – dies ist das tatsächliche Interesse eines armen Landes mittlerer Größe, das an einer Gemeinschaft reicher Nationen teilhaben will. Wir glauben, dass diese Gemeinschaft umso enger sein wird, je größer die Chancen für eine eigene Entwicklung und einen eigenen Erfolg sind.

Übersetzt von Ulrich Heisse

Die Reden des Außenministers der Republik Polen, Włodzimierz Cimoszewicz, und des Bundesaußenministers, Joschka Fischer

Włodzimierz Cimoszewicz*)

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir sind uns vollkommen bewusst, dass die heutige Diskussion über die deutsch-polnischen Beziehungen in einem besonderen Moment und im Kontext der wichtigen, jüngsten Ereignisse, insbesondere der europäischen, stattfindet. All dies bewegt mich dazu, unseren deutschen Freunden noch einmal zu sagen, dass wir wissen, uns daran erinnern und dankbar dafür sind, was die Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche deutsche Politiker für den Erfolg des Integrationsprozesses und für die Unterstützung der polnischen Bestrebungen nach der EU-Mitgliedschaft getan haben. Wir sollten uns bewusst machen, dass das bevorstehende ungewöhnliche Projekt der EU-Osterweiterung, welches die Teilung Europas überwindet, im großen Maße dem Engagement Polens und Deutschlands, besonders der letzten Jahre, zu verdanken ist.

Ich meine hier selbstverständlich die Anstrengungen vieler kluger Menschen, der Regierungen und lokaler Institutionen zugunsten der Versöhnung zwischen Polen und Deutschen. Ohne diesen fortgeschrittenen Prozess der deutsch-polnischen Aussöhnung wäre das heutige Projekt der EU-Erweiterung einfach nicht möglich gewesen. Unser gemeinsames Engagement hat ebenfalls die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen, nicht nur der bilateralen, ermöglicht. Ich denke, es lohnt sich aber auch, die polnische Unterstützung Deutschlands und der Deutschen in dem besonders wichtigen Moment der Wiedervereinigung hervorzuheben. Die damalige Regierung Polens war davon überzeugt, dass die Teilung Deutschlands eines der Hauptelemente der Teilung Europas während des Kalten Krieges war, und dass man nicht von einem Ende des Kalten Krieges ohne die Wiedervereinigung Deutschlands sprechen kann. Wir haben die Mühe auf uns genommen, unsere Völker zu versöhnen, was eine wichtige und bedeutende Herausforderung war. Die deutsch-polnische Verständigung ist, ebenso wie die guten Beziehungen meines Landes mit all unseren Nachbarn, unser gemeinsamer Beitrag für die Sicherheit und Stabilität Europas.

Die deutsch-polnischen Beziehungen können in jedem Ausmaß, im offiziellen, politischen, wirtschaftlichen und vor allem im sozialen, ein Vorbild sowohl in Europa als auch außerhalb Europas sein. Insbesondere möchte ich die soziale Dimension unserer Beziehun-

gen unterstreichen. Diese guten Beziehungen setzen sich zusammen aus zahlreichen Treffen von Polen und Deutschen, aus Partnerschaften von Schulen, Städten, Gemeinden und Kreisen sowie der Zusammenarbeit der Nichtregierungsorganisationen. Unser gemeinsamer Beitrag zur Einheit Europas muss die Fortsetzung der bisherigen Anstrengungen sein, insbesondere die wechselseitigen Beziehungen betreffend, aber auch die Bereitschaft, weitere Linien und Grenzen zu überwinden. Dazu gehören die Fähigkeit und der Mut, die bestehenden Probleme wahrzunehmen und selbstverständlich der Wille, sie zu lösen. Ich meine sowohl alte Probleme wie auch neue, die in den internationalen Beziehungen auftauchen. Es ist notwendig, und das ist meine tiefe Überzeugung, sich immer besser kennen zu lernen und Anstrengungen auf sich zu nehmen, um ein besseres Verständnis für die Denkweise, die Argumente und die Interessen des Partners zu entwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren,
in beiden Gesellschaften sind Ängste, Vorurteile und Stereotypen weiterhin präsent. Unter den Deutschen gibt es Menschen, die sich davor fürchten, dass Polen ihnen ihre Arbeitsplätze wegnehmen könnten. In der polnischen Gesellschaft fürchten sich manche vor dem Aufkauf des polnischen Bodens durch Deutsche. Es ist unentbehrlich, einen Dialog zu diesen und anderen Themen zu führen, welche auf beiden Seiten Emotionen hervorrufen. Es fehlt uns oft – vielleicht auch auf beiden Seiten – der nötige Mut und die Fähigkeit, sich entschieden gegen solche irrationalen und unbegründeten Ängste zu stellen. Meiner Überzeugung nach spiegeln die Bedingungen, die an einen Beitritt Polens geknüpft wurden, einerseits die Übergangsperioden in der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und andererseits beim Kauf von Boden, nicht nur Ängste wieder, sondern legitimieren diese im Grunde genommen. Wir sollten uns dessen bewusst sein.

In der letzten Zeit hat sich die Auffassung unserer Staaten zur Situation in Irak als wesentlich verschieden erwiesen. Das ist ein Problem, welches eine tiefere Analyse verdient. Ich will hier darauf hinweisen, dass sich zu diesem Thema ungewöhnlich schnell eine unnützliche Medienkampagne entwickelt hat, in der viele undurchdachte Worte und Kommentare gefallen sind. Diese Medienkampagne wurde von der übertriebenen Emotionalität und von einem fehlenden Verständnis begleitet, und manchmal fehlte es an Achtung für den Nachbarn. Wenn in einer solchen Situation so viele

*) Dr. Włodzimierz Cimoszewicz, Außenminister der Republik Polen

Dummheiten gesagt und geschrieben wurden, dann ist das ein Warnsignal. Deswegen müssen wir akzeptieren, dass die Annäherung unserer Nationen sowohl im Interesse der Polen und Deutschen als auch im Interesse ganz Europas liegt. Wir brauchen einen Dialog und eine Suche nach klugen und partnerschaftlichen Lösungen der alten und neuen Probleme.

Ich bin überzeugt, dass der Erfolg dieses Projekts im größten Maße von Polen und Deutschen abhängt, gleichzeitig weiß ich den Einsatz und die Rolle der anderen Staaten in der Entstehung der Europäischen Union der 25 zu schätzen. So wie früher die deutsch-französischen Beziehungen eine grundlegende Bedeutung für die Idee der europäischen, genau genommen der westeuropäischen Integration hatten, so sind heute Polen und Deutschland in einer besonderen Weise für den Erfolg der letzten Zusammenführung der beiden Teile Europas verantwortlich, die durch den letzten Krieg und die Nachkriegsentscheidungen getrennt wurden. Europa war hier zwischen Polen und Deutschland geteilt, und genau hier muss man Europa erneut vereinigen. Das kann man ohne unser enormes gemeinsames Engagement nicht erreichen. Von uns wird auch im größeren Maße die Dynamik, der Umfang und die Intensität des Integrationsprozesses abhängen. Schon heute, vor dem formellen EU-Beitritt Polens, können und müssen wir in den für Europa wichtigen Gebieten zusammenarbeiten.

Der Europäische Konvent nähert sich langsam dem Ende seiner Arbeit an der zukünftigen Gestalt Europas. Es zeichnen sich deutlich Bereiche der Übereinstimmung und der Meinungsverschiedenheiten ab. Auch wenn zwischen uns Unterschiede in der Definition der Finalität der europäischen Integration und des Tempos, mit dem dieses Ziel erreicht werden soll, auftreten, so haben Deutsche und Polen Interesse an einer authentischen, wirksamen und tief gehenden Integration. Wir können gemeinsam nach institutionellen Lösungen suchen, die dieses Interesse sicherstellen. Zugleich müssen wir aber die Notwendigkeit akzeptieren, offen für die Argumente und Meinungen des Partners zu sein.

Hier behandle ich ein breites Problem, welches die Wahrnehmung des Wesens der Integration, die Denkweise über die Kosten-Nutzen-Bilanz, der Intentionen der Partner, ihrer Rolle und ihres Platzes in der Gemeinschaft betrifft. Das große und historische Projekt wird ebenfalls – neben gemeinsamer Hoffnung – von Misstrauen und der Konzentration auf den eigenen Beitrag und Aufwand begleitet, ohne Berücksichtigung des gemeinsamen Nutzens. Viele Leute sehen im Bei-

tritt der neuen Mitgliedstaaten eine edle Geste gegenüber den armen Verwandten, die man zu Tisch bittet, zugleich aber Schüchternheit und Demut von ihnen verlangt. Das wird sich so natürlich nicht entwickeln, und wir sollten das alle bewusst akzeptieren. Die Qualität der deutsch-polnischen Zusammenarbeit muss für alle Partner in dem sich vereinigenden Europa ein wichtiges Vorbild sein.

Wenn man optimale Lösungen für die EU-Verfassung sucht, sollten wir allen das Gefühl der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Möglichkeit des Einflusses auf Entscheidungen in der EU geben. Unter den wichtigen Fragen, die heute in der EU diskutiert werden, befindet sich die Diskussion über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Sicherheit- und Verteidigungspolitik. Polen spricht sich eindeutig für die Entwicklung und die Stärkung der beiden europäischen Politiken aus. Wenn man berücksichtigt, dass eine einheitliche europäische Außenpolitik ein noch weit entferntes Ziel ist und heute durch viele Länder nicht vollständig akzeptiert wird, sind wir der Meinung, dass die Suche nach gemeinsamen Konzeptionen, Standpunkten und Entscheidungen einen großen Wert hat.

Vor unseren Augen und mit unserer Teilnahme entwickelt sich ein neues Modell der internationalen Beziehungen. Diese Entwicklung ist unvermeidlich angesichts der politischen, wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen, die in der derzeitigen Welt bestehen. Wenn man das wirtschaftliche Potenzial der einzelnen europäischen Mitgliedstaaten betrachtet, kann man Zweifel haben, ob ein Staat allein imstande ist, selbstständig und wirksam diese Prozesse zu beeinflussen. Mit Sicherheit aber haben wir gemeinsam diese Möglichkeit. Ebenso selbstverständlich ist, dass die Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit ihren Partnern der Sicherheit Europas und unseren wirtschaftlichen Interessen dienen wird.

Das Maß unserer Ambitionen muss das ernste Interesse an der Zukunft der Strukturen und der internationalen Institutionen, darunter der Vereinten Nationen, sein. Wir sind von der schwächeren Position und Rolle der Vereinten Nationen in der Frage des Friedens und der internationalen Sicherheit beunruhigt, nicht nur im jetzigen Moment. Die heutige Situation darf niemanden überraschen, da seit einigen Jahrzehnten viele Versuche der Stärkung und Verbesserung der Vereinten Nationen scheiterten. Auch wenn ich die potenziellen Hindernisse betrachte, bin ich davon überzeugt, dass Europa mit nötigen Initiativen auftreten könnte und das im Grunde genommen auch muss.

Ein wichtiges Gebiet unserer gemeinsamen Außenpolitik sind und werden die Beziehungen zu den Nachbarländern sein. Es freut uns, dass jetzt die Diskussion zu einem so genannten „erweiterten Europa“ beginnt. Wir unterstützen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Konzeption zur Lage und den Bedürfnissen unserer Nachbarstaaten. Wir schätzen die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten und die Nord-Initiative der EU. Gleichzeitig ist Polen aber auch aus verständlichen Gründen an einer angemessenen Definition und der späteren Realisierung der Politik gegenüber seinen östlichen Nachbarn interessiert.

Es ist gut, dass ein breites Verständnis für die Zusammenarbeit mit Russland vorherrscht. Leider zeigen nicht alle ein ähnliches Verständnis für die Bedeutung und die Ausrichtung der Politik gegenüber der Ukraine, Weißrussland und Moldawien. Ich bin tief überzeugt, dass eine enge Zusammenarbeit Polens und Deutschlands eine entscheidende Rolle in der Ausarbeitung der Ostpolitik der EU spielen könnte.

Während des Treffens auf Rhodos und in Brüssel haben die Außenminister der 25 Länder der künftigen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel Aufmerksamkeit gewidmet. In dieser Diskussion bezog man sich auch auf das Treffen der vier Länder, darunter Deutschland, welches am 29. April in Brüssel stattfand. Wir stehen hinter der Idee der Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten Europas. Es mangelt enorm an der Fähigkeit, mit eigenen Problemen zurechtzukommen – was sich in der Situation auf dem Balkan in den neunziger Jahren gezeigt hat – und das muss für uns alle eine Warnung sein.

Die Rolle der erweiterten Europäischen Union in den internationalen Beziehungen hängt in einem großen Maße von unserem Verteidigungspotenzial ab. Die Verteidigung trägt noch immer Spuren der Vergangenheit, als sie noch auf andere Bedrohungen zugeschnitten war, als einzelne Länder ihre eigenen Verteidigungsstrategien ohne eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern definiert haben. Daraus resultieren eine schwache Koordination, eine fehlende Spezialisierung und ein deutliches Missverhältnis zwischen Aufwand und Wirkung. Veränderungen sind folglich notwendig. Während ich darauf hinweise, möchte ich zugleich klarstellen, dass unserer Ansicht nach die Veränderungen nicht zur Schwächung der Rolle, der Bedeutung und der Glaubwürdigkeit der NATO im Bereich grundlegender Gewährleistung unserer gemeinsamen Sicherheit führen darf.

Das Nordatlantische Bündnis muss sich ebenfalls an die neue internationale Lage anpassen. Die Entscheidungen des NATO-Gipfels in Prag bieten eine solche Möglichkeit. Konzentrieren wir uns also auf ihre Realisierung. Ein Teil dieser Tätigkeiten und im Wesentlichen ihre Vervollständigung muss die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein. Dies steht im Einklang mit der Logik, die europäisch-amerikanische Partnerschaft bezüglich ihrer internationalen Sicherheit zu stärken.

Die Welt hat, wie immer, verschiedene Gesichter. Es gibt positive Erscheinungen, die Optimismus hervorrufen, aber zugleich wird man an alte Schwierigkeiten erinnert, die von neuen, oft ernsthaften Bedrohungen begleitet werden. Ein wirksamer Umgang mit diesen Bedrohungen verlangt nach einer internationalen Zusammenarbeit. Jedoch kann internationale Zusammenarbeit nicht ohne starke Bindung zwischen Europa und den USA bestehen. Diese elementaren und aktuellen Erkenntnisse haben in der letzten Zeit Emotionen und künstlich ideologisierte Kommentare hervorgebracht. Wir sollten dies jetzt beenden.

Es stimmt, dass ein tief gehender Dialog zwischen Europa und den USA nötig ist, der sich mit den Unterschieden, die zwischen uns bestehen, beschäftigt. Jedoch muss das Bekenntnis zu denselben grundlegenden Werten vorausgesetzt werden.

Das heutige demokratische und hoch entwickelte Deutschland hat großen Nutzen aus dem amerikanischen Engagement im Nachkriegseuropa gezogen. Polen will eine ähnliche Chance haben. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas ist nichts geschehen, was eine Verringerung des Stellenwerts der transatlantischen Zusammenarbeit bedeuten könnte.

Ich glaube, dass Polen und Deutschland in dieser Frage einen ähnlichen oder sogar gleichen Standpunkt haben oder haben können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Rückkehr Polens zur vollwertigen und selbständigen Teilnahme an der internationalen Politik, welche eine Konsequenz der politischen Wende, unserer NATO- und EU-Mitgliedschaft ist, eröffnet neue Möglichkeiten in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zugunsten unserer beiden Nationen und der internationalen Gemeinschaft. Ich bin tief davon überzeugt, dass wir gemeinsam diese Chance erfolgreich nutzen werden.

Übersetzt von Elżbieta Kozłowska

Joschka Fischer*)

Meine Damen und Herren,

ich darf Sie recht herzlich begrüßen. Ich bin nun schon einige Jahre Gast des Deutsch-Polnischen Forums und stelle fest, dass wir eine Zäsur hinter uns haben. Wir sprechen nämlich nicht mehr über die deutsch-polnischen Beziehungen, sondern über Europa und die veränderte Weltlage. Damit will ich Sie in der vergrößerten Europäischen Union willkommen heißen. Denn mit allen anderen Mitgliedstaaten ist es seit Jahren so, dass wir uns über die europäische Zukunft austauschen.

Auch wenn die Erweiterung de iure noch nicht vollzogen wurde, ist sie faktisch zumindest für die Regierungen schon Realität. Seit dem Treffen in Rhodos gilt das für die Außenminister, und auch beim Allgemeinen Rat in Brüssel ist die EU der 25 bereits Wirklichkeit. Manche hier im Saal können sich noch an heftige Diskussionen darüber erinnern, wann die Erweiterung kommt, oder ob sie überhaupt kommt. Sie ist gekommen, und gleichzeitig stellen wir fest, dass die Entwicklung weitergeht und ganz neue Probleme geschaffen hat.

Die Erweiterung war eine Notwendigkeit, die sich aus der 50-jährigen Teilung Europas ergeben hat. Nirgendwo wurde dies so klar empfunden wie in Deutschland. Auch Polen hat sich nie damit abgefunden, dass es sich auf der falschen Seite des Eisernen Vorhangs befand. Es war Polen, das weder Fremdherrschaft noch Unterdrückung akzeptiert hat und dadurch wesentlich zum Zusammenbruch des Ostblocks beigetragen hat.

Die Erweiterung ist aber alles andere als vollendet. Gerade wir Deutsche wissen, dass man knapp fünf Jahrzehnte der Teilung nicht über Nacht ungeschehen machen kann. Man kann die formalen Voraussetzungen dafür schaffen und die Weichen dafür stellen, aber die Veränderung in den Köpfen, die Annäherung der Erfahrung braucht Zeit. Insofern ist auch Deutschland immer noch ein Transitionsland; das wird oft unterschätzt. Im Vergleich mit anderen westeuropäischen Volkswirtschaften steht durch die deutsche Einheit, über die wir glücklich und dankbar sind, noch eine große Herausforderung vor uns.

Die Überwindung der Teilung Europas hat also zwei Dimensionen. Die äußere Dimension wird in diesem Jahr realisiert, und wir wünschen uns, dass es in Polen ein beeindruckendes „Ja“ beim Referendum gibt. Was wir dazu beitragen können, wollen wir gerne tun.

Aber die Erweiterung hat auch eine innere Dimension: Eine Europäische Union der 25 ohne eine sub-

stanzielle Reform würde bedeuten, uns im Moment der Erweiterung gemeinsam rückwärts zu bewegen. Die Frage der Handlungsfähigkeit europäischer Institutionen stellt uns zu 25 vor ganz andere Herausforderungen als zu 15. Insofern ist der Konvent das entscheidende zweite Element der Erweiterung. Eine ganz wichtige Diskussion mit unseren polnischen Freunden können wir im kommenden Jahr sicher noch nicht zu Ende führen: Was ist die polnische Perspektive für Europa? Was soll dieses Europa leisten? Was muss es leisten? Was kann es leisten? Und umgekehrt, was ist unsere Perspektive?

Diese Fragen gehen natürlich an den Kern des nationalen Selbstverständnisses. Ich verstehe die polnische Haltung hier sehr gut, weil die Nation und ihre Verteidigung für Polen die Grundlage der eigenen Identität war. Diese Verteidigung fand nicht nur in Richtung Osten statt, sondern auch in Richtung Westen, gegenüber Deutschland. Gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir Polen zwischen 1939 und 1945 angetan haben, dürfen wir dies nicht vergessen. Ich verstehe, was die Frage der nationalen Souveränität bedeutet – nicht nur für Polen, sondern auch für all die anderen Staaten, die fünf Jahrzehnte Sowjetkommunismus und Besatzung erleben mussten.

Umgekehrt bildet unsere desaströse deutsche Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert den Hintergrund für unsere Integrationsfreude. Sie rührt nicht nur daher, dass uns in einer freundlichen Berliner Nacht die Aufklärung geküsst hat. Auch das muss offen gesagt werden.

Viele Menschen aus Ostdeutschland, für die ja die D-Mark im deutschen Einheitsprozess Symbol und Verkörperung einer Sehnsucht war, stellten sich die Frage: Wir wollten die D-Mark so lange und in dem Moment, in dem wir in der Bundesrepublik Deutschland ankommen, ist sie wieder weg. Eine ähnliche Situation erleben wir jetzt mit dem Konvent: Im Moment des Beitritts, für den man Jahrzehnte gekämpft hat, muss man verstehen, dass sich die Europäische Union verändern muss, wenn sie weiter gut funktionieren soll.

Wir haben schwierige Diskussionen vor uns, in denen wir uns aufeinander zu bewegen müssen. Ich sage bewusst „aufeinander zu bewegen“. Denn es ist nicht so, dass die einen die Weisheit haben und die anderen sie noch erlangen müssen. Dieses Europa besteht vielmehr aus unterschiedlichen Perspektiven. Und die Perspektive derer, die fünf Jahrzehnte Sowjetkommunismus hinter sich haben, ist eine ganz eigene. Die glücklichen Nordeuropäer bringen eine andere, pragmatischere Sicht mit. Die Mittelmeer-Länder wiederum

*) Joschka Fischer, MdB, Bundesaußenminister

haben auf ihre Art Erfahrung mit Rückständigkeit und Diktaturen gemacht.

Lassen Sie mich auch die außenpolitischen Herausforderungen der Zukunft kurz anreißen. Aus meiner Sicht ist die Debatte, ob Europa Partner oder Gegengewicht der USA sein soll, irreführend. Entscheidend ist vielmehr, dass das transatlantische Bündnis die tragende Säule für Frieden und Stabilität nicht nur auf unserem Kontinent ist. Ich sage das bewusst auch als deutscher Außenminister: Die Präsenz der USA schafft Balancen, die auch in unserem Interesse liegen. In der Welt des 21. Jahrhunderts würde ein Aufkündigen der festen transatlantischen Partnerschaft bedeuten, einen Stabilitätspfeiler, ja den Stabilitätspfeiler schlechthin, aufzugeben. Die Frage nach einem Gegengewicht stellt sich daher nicht. Wie sollte Europa ein Gegengewicht sein? Das würde ja bedeuten, dass wir in eine neue Konfrontationssituation geraten würden.

Das Problem besteht eher in der Schwäche des europäischen Pfeilers. Ein Pfeiler muss belastbar sein, er muss eine Seite der Brücke tragen können. Die Partnerschaftsfähigkeit Europas leidet unter drei großen Defiziten. Erstens die außen- und sicherheitspolitische Willensbildung – das ist ein ganz entscheidender Punkt. Zweitens die institutionelle Umsetzung dieser Willensbildung und drittens die militärischen Fähigkeiten. Europa ist in anderen Bereichen allerdings sehr stark: Was „nation building“ betrifft, was politische Initiative betrifft, was Einbindungsstrategien betrifft. Auch der erweiterte Sicherheitsbegriff, der unserer Außenpolitik zugrunde liegt, ist wesentlich besser als er vielen erscheint.

Wir werden mit unseren amerikanischen Freunden diskutieren müssen, wie viel Europa sie eigentlich wollen. Die Frage „EU oder NATO“ stellt sich nicht. Unsere erste Präferenz ist vielmehr immer, dass der europäische Integrationsprozess in die NATO hinein wirkt und dort die europäische Säule stärkt. Über deren Modalitäten müssen wir mit den USA diskutieren. Diesen Dialog werden wir nicht in einem europäisch-amerikanischen Gegensatz führen, sondern mit dem Ziel der Stärkung beider transatlantischer Brückenpfeiler. Auf dieser Grundlage werden wir manches, was jetzt auseinander gelaufen ist, wieder zusammenführen können – mit unterschiedlichen Perspektiven, auch aus unterschiedlichen Traditionen kommend. Das ist die Diskussion, die die erweiterte Union führen muss, wenn sie im gemeinsamen Interesse der Deutschen, der Polen, der 25 Länder, aber auch im Interesse starker transatlantischer Beziehungen Wirklichkeit werden soll.

XI. Deutsch-Polnisches Forum - Forum Polsko-Niemieckie

Berlin, 23. Mai 2003

Polen und Deutschland in der neuen EU

8:00 Ankunft der polnischen Teilnehmer in Tegel

9:30 Beginn der Konferenz in der DGAP (Rauchstr. 17, Berlin – Tiergarten)

Begrüßung durch die Ko-Vorsitzenden:

Prof. Dr. Gesine Schwan - Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)

Janusz Reiter - Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen Warschau, Botschafter a.D.

9:45 **Panel I: Die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Gemeinsamkeiten und Divergenzen**

Moderation:

Dr. Janusz Onyszkiewicz - Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, Verteidigungsminister a.D.

Impulsreferate:

Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld - Staatssekretär im polnischen Außenministerium

Dr. Klaus Scharioth - Staatssekretär des Auswärtigen Amts

Dr. Wolfgang Schäuble - Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

10:50 Kaffeepause

11:15 Diskussion

13:00 Mittagessen in der DGAP

14:15 **Panel II: Polen und Deutschland – Vorstellungen für eine zukünftige EU**

Moderation:

Daniel Brössler - Süddeutsche Zeitung

Impulsreferate:

Jan Truszczyński - Staatssekretär im Außenministerium der Republik Polen

Peter Altmaier - Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Jan Rokita - Mitglied des Sejms, Bürgerplattform (PO)

Diskussion

16:15 Pause

17:30

Statements:**Außenminister der Republik Polen Włodzimierz Cimoszewicz
und Bundesaußenminister Joschka Fischer**

Moderation:

Prof. Dr. Gesine Schwan - Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)
Janusz Reiter - Präsident des Zentrums für Internationale Beziehungen Warschau,
Botschafter a.D.

Referenten:

Dr. Włodzimierz Cimoszewicz - Außenminister der Republik Polen
Joschka Fischer – Bundesaußenminister

Diskussion zu den Statements

18:45

Ende der Diskussion

19:00

Pressekonferenz

20:00

Empfang beim Bundestagsvizepräsidenten Dr. Norbert Lammert im Bundestag

Ende des Forums

Teilnehmerliste

Ständige Mitglieder

- Berger, Prof. Dr. h.c. mult. Roland
Vorsitzender d. Geschäftsführung,
R. Berger Strategy Consultants
- Byrt, Dr. Andrzej
Botschafter der Republik Polen in
Deutschland
- Holzer, Prof. Jerzy
Direktor des Instituts für Politische Studien, Polni-
sche Akademie der Wissenschaften
- Kaiser, Prof. Dr. Dr. h.c. Karl
Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der
DGAP
- Kalisz, Ryszard
Vorsitzender des Ausschusses für Gesetzgebung des
Sejm
- Krzemiński, Adam
Redakteur der Wochenzeitschrift „Polityka“
- Lehmann, Prof. Dr. Klaus-Dieter
Präsident Stiftung Preussischer Kulturbesitz
- Lippelt, Dr. Helmut MdB a.D.
Bundesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied
der DGAP
- Meckel, Dr. Markus MdB,
Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlama-
ntariergruppe
- Ociepka, Prof. Beata
Universität Breslau, Institut für Internationale
Studien
- Oleksy, Dr. Józef
Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegen-
heiten des Sejm, Bündnis der Demokratischen
Linken (SLD)
- Reiter, Janusz
Ko-Vorsitzender des Deutsch-Polnischen Forums,
Präsident des Zentrums für Internationale Bezie-
hungen, Warschau, Botschafter a.D.
- Rudolph, Dr. Hermann
Geschäftsführender Herausgeber der Zeitung „Der
Tagesspiegel“
- Schwall-Düren, Dr. Angelica MdB,
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestags-
fraktion
- Schwan, Prof. Dr. Gesine
Ko-Vorsitzende des Deutsch-Polnischen Forums,
Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in
Frankfurt (Oder)
- Schweppe, Dr. Reinhard
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in
Warschau
- Simonides, Prof. Dorota
Senatorin, Union der Arbeit (UP)
- Sulek, Prof. Jerzy
Vorstandsvorsitzender der Stiftung für Deutsch-
Polnische Aussöhnung
- Süssmuth, Prof. Dr. Rita
Bundestagspräsidentin a.D.
- Gäste
- Adamowicz, Paweł
Präsident der Stadt Danzig
- Altmaier, Peter MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Baas, Norbert
Botschafter zbV
- Bauch, Johannes
Botschafter a.D., Vorstandsmitglied Stiftung für
Deutsch-Polnische Zusammenarbeit
- Becker, Dr. h.c. Helmuth
Bundestagsvizepräsident a.D.
- Bingen, Dr. Dieter
Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darm-
stadt
- Bleicker, Joachim
Stellvertretender Referatsleiter Ref. 206, Auswärti-
ges Amt
- Borodziej, Prof. Włodzimierz
Universität Warschau, Historische Fakultät
- Brössler, Daniel
„Süddeutsche Zeitung“, Redaktion Außenpolitik
- Cimoszewicz, Dr. Włodzimierz
Außenminister der Republik Polen, Ministerpräsi-
dent a.D.
- Fischer, Joschka
Bundesaußenminister
- Gawrich, Dr. Andrea
Institut für Politische Wissenschaft, Christian-
Albrechts-Universität Kiel
- Guérot, Dr. Ulrike
Forschungsinstitut der DGAP
- Heimsoeth, Dr. Hans-Jürgen
Leiter des Referats 206, Auswärtiges Amt

- Hengstenberg, Peter
Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen
- Hofmann, Anna
Berlin-Brandenburgisches Institut für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa
- Janowski, Bogdan
Abteilungsleiter Parlamentarische Beziehungen, Sejm der Republik Polen
- Kerski, Basil
Chefredakteur des Deutsch-Polnischen Magazins „DIALOG“
- Kremer, Martin, M.C.L.
Vortragender Legationsrat, Planungsstab f. d. Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, Auswärtiges Amt
- Lösch, Stephan
Vizepräsident Government Relations, EADS
wiceprzewodniczący Government Relations, EADS
- Łaska, Dariusz
Deutschland Referat, Außenministerium der Republik Polen
- Malinowski, Dr. Krzysztof
West-Institut, Posen
- May, Dr. Bernhard
Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der DGAP
- Mazur-Rafał, Monika
Polnische Sekretärin des Deutsch-Polnischen Forums, Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau
- Mildenberger, Markus
Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg
- Müller, Kerstin
Staatsministerin im Auswärtigen Amt
- Nietan, Dietmar MdB
SPD-Bundestagsfraktion, Stiftung Deutsch-Polnische Zusammenarbeit
- Nowina-Konopka, Piotr
Stellv. Rektor College of Europe, Natolin
- Olszyński, Prof. Józef
Gesandter an der Botschaft der Republik Polen in Deutschland
- Onyszkiewicz, Dr. Janusz
Verteidigungsminister a.D., Zentrum für Internationale Beziehungen
- Pernice, Prof. Dr. jur. Ingolf
Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied DGAP
- Pieper, Cornelia
MdB, Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion
- Pomianowski, Wojciech
Leiter des Deutschland Referats im Außenministerium der Republik Polen
- Rakowski, Mieczysław F.
Chefredakteur von „Przegląd Powszechny Dziś“, Ministerpräsident a.D.
- Rahr, Alexander
Programmdirektor der Körper-Arbeitsstelle Russland/GUS am Forschungsinstitut der DGAP
- Richthofen, Dr. Hermann Frhr. von
Botschafter a.D., Beauftragter des Ministerpräsidenten von Brandenburg für die Zusammenarbeit mit Polen
- Rokita, Jan
Mitglied des Sejm, Bürgerplattform (PO)
- Rosenblatt, Sabine
Chefredakteurin „INTERNATIONALE POLITIK“
- Rotfeld, Prof. Adam Daniel
Staatssekretär im Außenministerium der Republik Polen
- Scharioth, Dr. Klaus
Staatssekretär im Auswärtigen Amt
- Schäuble, Dr. Wolfgang MdB
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion f. Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
- Schloten, Dieter MdB a.D.
SPD-Bundestagsfraktion
- Schmidt, Christian MdB
Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Schröder, Dietrich
Redakteur für deutsch-polnische Nachbarschaft, „Märkische Oderzeitung“
- Stańczuk, Maciej
Vorstandsvorsitzender WestLB Bank Polska S.A.
- Stekel, Sabine
Redakteurin des Deutsch-Polnischen Magazins „DIALOG“
- Stokłosa, Dr. Katarzyna
Leiterin der Arbeitsstelle Ostmitteleuropa, DGAP
- Szwedziński, Konrad
Botschaft der Republik Polen in Berlin, II. Sekretär
- Świtalski, Piotr
Leiter des Planungsstabs im Außenministerium der Republik Polen

- Tewes, Dr. Henning
Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro in Polen
- Thun, Róża
Präsidentin der Robert-Schuman-Stiftung in Warschau
- Tiedtke, Dr. Jutta
Referentin für Europapolitik, Deutscher Bundestag, SPD-Bundestagsfraktion
- Truszczyński, Jan
Unterstaatssekretär im Außenministerium, Regierungsbevollmächtigter für Beitrittsverhandlungen Polens in die EU a.D.
- Veckes, Karl-Heinz
Regional Director Export, EADS
- Vielhaber, Jost
Berliner Forum Zukunft, Forschungsinstitut der DGAP
- Walendziak, Wiesław
Vorsitzender des Ausschusses für den Staatsschatz des Sejm, Recht und Gerechtigkeit (PiS)
- Walter-Drop, Agnieszka
Stellv. Direktorin, Abt. EU und Beitrittsverhandlungen im Auswärtigen Amt der Republik Polen
- Więckowski, Wojciech
Gesandter, Botschaft der Republik Polen
- Wilkowiecka, Katarzyna
Botschaft der Republik Polen in Berlin, II. Sekretär
- Wnuk-Lipinski, Barbara von
Bundvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studierender (RCDS)
- Wojtal, Ryszard
Stellvertretender Direktor, Abteilung für Europaanliegen, Außenministerium der Republik Polen
- Zastawny, Krzysztof
Redakteur des Deutsch-Polnischen Magazins „DIALOG“
- Ziemer, Prof. Dr. Klaus
Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau
- Grudzińska, Małgorzata
Direktorin des Poleninstituts in Düsseldorf
- Hofmann, Janika
Mitarbeiterin von Dr. Katarzyna Stokłosa, Leiterin der Arbeitsstelle Ostmitteleuropa, DGAP
- Kiliszek, Joanna
Direktorin des Poleninstituts in Berlin
- Knüpling, Felix
Mitarbeiter von Markus Meckel, Deutscher Bundestag
- Lingen, Kai
Mitarbeiter von Dr. Angelica Schwall-Düren, MdB, Deutscher Bundestag,
- Majkowska, Joanna
Büro von Dietmar Nietan, MdB
- Wóycicki, Dr. Kazimierz
Direktor des Poleninstituts in Leipzig
- Medien
- ARD
- BBC World
- Der Spiegel
- Dpa
- DW
- Gazeta Wyborcza
- Japanisches TV
- PAP
- Phoenix
- Polskie Radio
- Radio Zet
- RBB
- Rzeczpospolita
- The Warshaw Voice
- ZDF
- Beobachter
- Arndt, Anna
Planungsstab für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, Auswärtiges Amt
- Dąbrowski, Tomasz
Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau

Veröffentlichungen des Forschungsinstituts der DGAP

Internationale Kontrolle sensibler Technologien



Erwin Häckel
Gotthard Stein (Hrsg.)

Berliner Schriften zur Internationalen Politik
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
Verlag Leske + Budrich · 2003
ISBN 3-8100-34061-4
230 Seiten. ca. 17,80 EU

Globale Energiesicherheit



Strategische Herausforderungen
für die europäische und deutsche
Außenpolitik
von Frank Umbach

Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen
Gesellschaft für Auswärtige Politik
Oldenbourg Verlag, München 2003
ISBN 3-486-56740-3
328 Seiten. 44,80 EUR

The Uncertain Superpower



Domestic Dimensions of U.S.
Foreign Policy
Bernhard May, Michaela
Hönicke Moore (eds.)

Berliner Schriften zur Internationalen Politik
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
Verlag Leske + Budrich · 2003
ISBN 3-8100-3437-1
205 Seiten. 14,80 EUR

Die bedrohte Supermacht



Amerikanische Außen- und
Sicherheitspolitik seit dem
Ende des Kalten Krieges
von Georg Schild

Berliner Schriften zur Internationalen Politik
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
Verlag Leske + Budrich · 2002
ISBN 3-8100-3590-4
157 Seiten. 12,90 EUR



Neu auf weltpolitik.net:

1. Internationale Sicherheitspolitik - Verteidigungspolitik Deutschland:
 - Aktualisierung und Erweiterung der Analysen- und Dokumentensammlung zur deutschen Verteidigungspolitik
 - Einführung: Die deutsche Verteidigungspolitik seit 1945
2. Policy Forum: Die Doha Development Agenda
 - Grundlegende Aktualisierung: Das 5. Ministertreffen der WTO in Cancún